

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com

G 1480

6

2010

4,- €

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

Wer mit wem
in NRW?

AUTO-TEST

Toyota
Avenis Combi

UNTERNEHMEN

Marketing für
Existenzgründer



Mühevoller Aufstieg

Existenzgründung in Deutschland

Die Welt erleben



Auf Schienen durch die Schweizer Berge 13. – 18.07.2010

Mit dem legendären Sonderzug TEE RHEINGOLD fahren Sie in die Schweizer Alpen, wo Sie die schönsten Bahnstrecken der eidgenössischen Bergwelt mit den weltberühmten Schmalspurbahnen GLACIER- und BERNINA-EXPRESS erkunden. Durch die Panoramafenster eröffnet sich ein herrlicher Rundblick auf die mächtigen Drei- und Viertausender der malerischen Umgebung, unter ihnen das Matterhorn, der „Löwe von Zermatt“.

Preis pro Person, Doppelzimmer **1.399 Euro**
Preis pro Person, Einzelzimmer **1.499 Euro**



Großstadtflair an den Ufern der Donau 25.09. – 02.10.2010

Malerische Naturschönheiten und die Faszination pulsierender Großstädte verbinden sich auf dieser Donau-Kreuzfahrt von Passau nach Budapest und zurück auf einmalige Weise. In Begleitung eines Fernseherteams der beliebten Unterhaltungssendung „Kaffee oder Tee?“ des SWR passiert Ihr Flussschiff A-ROSA DONNA auf seinem Weg über Bratislava, Esztergom und Wien romantische Flusslandschaften von außergewöhnlicher Vielfalt.

Preis pro Person, 2-Bett-Kabine außen **1.379 Euro**
Preis pro Person, 2-Bett-Kabine mit franz. Balkon **1.849 Euro**



In Warschau auf den Spuren Chopins 20. – 24.10.2010

Er zählt zu den bedeutendsten Komponisten der Musikgeschichte und wird noch heute als Nationalheld Polens verehrt: Frédéric François Chopin. Bei dieser Reise in die polnische Hauptstadt wandeln Sie auf den Spuren des Genies. Mit einem aufwändigen Programm zelebriert Polen im Jahr 2010 den 200. Geburtstag Chopins. Dessen Heimat Warschau bietet dazu das adäquate Ambiente. Spüren Sie der Kraft von Chopins Kompositionen an historischen Orten nach.

Preis pro Person, Doppelzimmer **1.449 Euro**
Preis pro Person, Einzelzimmer **1.669 Euro**



Patagoniens Wunder der Natur 29.10. – 12.11.2010

Mächtige Gletscher und tiefblaue Seen, koloniale Bauten und idyllische Weingüter – landschaftlich wie kulturell wartet diese Rundreise durch Chile und Argentinien mit einer Vielfalt an Impressionen auf. Wie in einem Bilderbuch offenbart sich die einmalige Natur Patagoniens und der Pampa, erstrahlt die beeindruckende Architektur von Santiago de Chile und der pulsierenden Metropole Buenos Aires, einer der schönsten Städte der Welt.

Preis pro Person, Doppelzimmer **4.995 Euro**
Preis pro Person, Einzelzimmer **6.449 Euro**

Gerne senden wir Ihnen kostenlos und unverbindlich unseren ausführlichen Prospekt zu.
Rufen Sie noch heute an! Ihre Leserreisen-Hotline: 04 21 – 322 68 80
Montag bis Freitag von 8.00 bis 20.00 Uhr und Samstag von 8.00 bis 14.00 Uhr

 **TUI** Leisure Travel Special Tours

Wachtstraße 17–24
28195 Bremen
Fax 04 21 – 3 22 68 38

EIN LINKSRUCK GEHT DURCHS LAND

Wir leben in einer Zeit des politischen Umbruchs. Nach dem dramatischen Verlust der christlich-liberalen Koalition in NRW hat sich die politische Landschaft weiter nach links verschoben. Die SPD ist wieder in der Lage, wichtige Reformvorhaben aus dem Koalitionsvertrag zu blockieren. Fast sieht es so aus, als bliebe die christlich-liberale Koalition in Berlin nur eine Episode.



Dr. Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender der MIT, ist in Hamburg als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwalt tätig

Die Kernaussage des Koalitionsvertrages war, dass zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte die privaten und unternehmerischen Produktivkräfte gestärkt werden sollen. Hierbei spielten die Steuerpläne eine zentrale Rolle. „Wir verstehen Steuerpolitik als Wachstumspolitik!“¹ Hiervon hat sich Frau Merkel inzwischen auf internen Druck der Partei verabschiedet, ohne allerdings zu sagen, auf welchem alternativen Wege die Konsolidierung erfolgen soll. Es gibt bis heute keinen einzigen Vorschlag zur Kürzung von Leistungen auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte.

Dabei kommen durch die diversen Rettungsschirme auf europäischer Ebene zusätzliche Haushaltsrisiken auf den Bund zu. Für Griechenland sind es 110 Mrd. Euro, wovon auf Deutschland ca. 28 Mrd. Euro entfallen, und für den weiteren Rettungsschirm 720 Mrd. Euro, wovon Deutschland 145 Mrd. Euro übernehmen soll. Weil die Kapitalmärkte den Schuldnerländern kein Geld mehr geben, sollen es jetzt die anderen EU-Staaten tun. Unter dem Deckmantel einer Euro-Krise wird die EU damit – entgegen aller Vertragszusagen – zu einer Haftungs- und Transferunion.

Zeitgleich hat sich die europäische Zentralbank (EZB) – entgegen bisheriger Praxis – bereiterklärt, auch Staatspapiere zahlungsunfähiger Länder (sog. „Schrottpapiere“) zu kaufen. Die EZB, deren oberstes Ziel die Sicherung der Preisstabilität sein soll, ver-

lässt damit die von der früheren deutschen Notenbank vorgegebene Zielrichtung. Auch wenn kurzfristig keine Inflation zu befürchten ist, führt der Ankauf solcher Papiere langfristig zur Ausdehnung der Geldmenge mit der Gefahr von Inflation.

Was ist zu tun, um der weiteren Staatsverschuldung und der Inflationsgefahr zu begegnen? Nach Auffassung der MIT sind es vor allem drei

Aufgabenfelder, denen sich die Politik unverzüglich mit aller Kraft widmen muss.

1. Die Finanzmärkte brauchen einen verlässlichen Ordnungsrahmen mit einer funktionierenden Aufsicht. Entsprechende Vorschläge werden seit längerem diskutiert, sie bedürfen aber der Umsetzung. Gleichzeitig ist eine Exit-Strategie zu beschließen, damit sich die Regierungen und die EU als Kredit- und Bürgschaftsgeber aus dem Finanzmarkt wieder zurückziehen können.
2. Die staatlichen Haushalte vor allem solcher Länder, die sich am Kapitalmarkt nicht mehr finanzieren können, müssen dringendst saniert werden. Hierzu bedarf es eines Sparprogramms, das sowohl die staatlichen Ausgaben als auch die Einnahmen erfassen muss. Um die Schuldenlast auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, müssen gleichzeitig die Voraussetzungen für einen Privatisierungs- und Umschuldungsprozess geschaffen werden.
3. Maßgeblich für die fehlende Schuldendienstfähigkeit verschiedener Länder ist die mangelhafte Wirtschafts- und Steuerkraft dieser Länder. Das Sparprogramm muss deshalb gleichzeitig durch ein Wachstumsprogramm ergänzt werden. Ziel dieses Wachstumsprogramms muss es sein, die privaten und unternehmerischen Produktivkräfte des Landes zu stärken.

¹ Originaltext Koalitionsvertrag: „Wir verstehen Steuerpolitik als Wachstumspolitik, denn wir wissen, dass Basis aller Staatsfinanzen die Arbeit der Bürger unseres Landes und die wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmen sind. Mehr finanzieller Spielraum ist Voraussetzung für mehr Konsum und mehr Investitionen.“

Freizeitparks



Erleben Sie einen Tag wie im Film im Movie Park Germany, Deutschlands größten Film- und Entertainmentpark im Herzen des Ruhrgebiets oder bestaunen Sie mit Ihrer ganzen Familie die spektakuläre Aktionen und tauchen Sie ein in acht Abenteuerwelten mit über 50 Attraktionen und Shows im LEGOLAND® Deutschland!

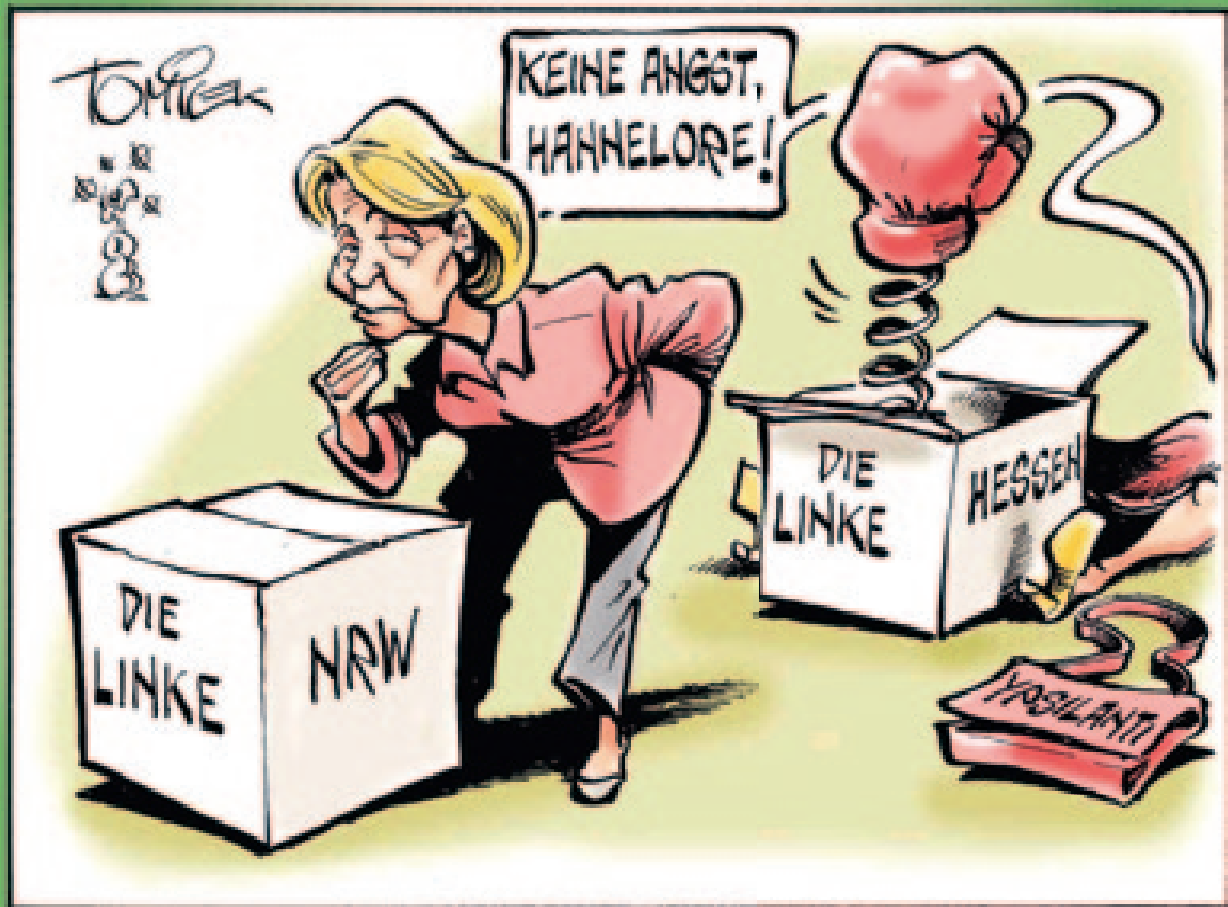


Nachlass
Movie Park: 20%
Legoland: bis zu 50%

Exklusive Vorteile
für die Mitglieder
der MIT

Überzeugen Sie sich selbst im Virtuellen
Kreisverband der MIT unter
www.mit-virtuell.de.

Die Seite-4-Karikatur



KRAFT-PAKET



Fußball-Weisheiten

In dieser Ausgabe möchten wir unsere Leser auf die Fußballweltmeisterschaft vom 11. Juni bis 11. Juli in Südafrika einstimmen. Wir vermitteln Ihnen auf diese Weise das entsprechende Vokabular, mit dem auch Fußball-Laien in jeder Expertenrunde bestehen und mitreden können.

Wenn wir am Ende vor den Bayern stehen, steigen wir zu 100 Prozent nicht ab.

Ralf Rangnick

Wir waren in dieser Szene in der Unterzahl – zwei gegen zwei.

Frank Rost

Jetzt einer, der in der Lage ist, im Eins-gegen-eins Überzahl zu schaffen.

Béla Rethy, ZDF-Reporter

Das war ausschließlich Glück für den Gegner und Pech für uns.

Thomas Hitzlsperger

Die Luft ist dünner geworden, aber es ist noch keine dicke Luft.

Jürgen L. Born, Werder Bremen

Wenn man zu früh auf andere schaut, vergisst man, das Wesentliche aus den Augen zu verlieren.

Jens Nowotny

„Manche Spieler haben mehr Pressekontakte als Ballkontakte.“

Gerd Niebaum

Die Zitate entstammen dem im Humboldt Verlag erschienenen Buch von Arnd Zeigler „Keiner verliert ungen“





Wachstumspotenzial integriert

Optimiert für kleine und mittelständische Unternehmen.

Vostro 3500

Arbeitet hart und begleitet Sie überall.

INKL. 30€ RABATT + GRATIS LIEFERUNG

554 € 659,26 €
inkl. MwSt. inkl. MwSt.

zzgl. MwSt
Preise zzgl. 25 € Versand (29,75 € inkl. MwSt.)

E-value code: N0635002
Angebot gültig bis zum 22/06

- Intel® Core™ i5-430M Prozessor (2.26 GHz, 3 MB Cache)
- Original Windows® 7 Home Premium
- 3 GB Arbeitsspeicher
- 320 GB Festplatte
- 40cm (15,6") WXGA-Bildschirm
- 1 Jahr Basisgarantieleistung

Empfohlene Upgrades:

Original Windows® 7 Professional
Microsoft Office® Small Business 2007



Sonderangebote auf Vostro-Notebooks: gehen Sie online oder rufen Sie uns an.

Microsoft® Office Small Business 2007 beinhaltet:

- Office Word
- Office Excel
- Office PowerPoint
- Office Publisher
- Office Outlook mit Business Contact Manager

Mit dem optional vorinstallierten Microsoft® Office Small Business 2007 sparen Sie Zeit, sind stets gut organisiert und können sich somit verstärkt auf Vertrieb, Marketing und Ihre Kunden konzentrieren.



BESUCHEN SIE

DELL.DE ODER

RUFEN SIE AN UNTER

0800 247 33 55

Mit der brandneuen 2010er Intel® Core™ Prozessorfamilie - intelligente Prozessoren für zusätzliche Leistung.

Dell Datenschutz: Wenn Sie Fragen oder Anmerkungen zum Datenschutz Ihrer Daten haben, kontaktieren Sie uns bitte unter der folgenden Adresse: Dell Datenschutz-Beauftragter, Dell, Postfach 2044, 36243 Niederaula, Germany oder per Email dellprivacyde@dawleys.com. Dell GmbH, Unterschweinstiege 10, 60549 Frankfurt. Diese werblichen Inhalte gelten nur für Geschäftskunden. Preise sind nicht rabattfähig nach Rahmenverträgen und nicht mit anderen Angeboten kombinierbar. Es gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Dell GmbH. Änderungen, Druckfehler und Irrtümer vorbehalten. Kundendaten unterliegen der elektronischen Datenverarbeitung. Produkte können von Abbildungen abweichen. Dell Geschäftsadresse: Dell GmbH, Unterschweinstiege 10, 60549 Frankfurt/Main.; Dell™, das Dell™ Logo, Axim™, Dimension™, Inspiron™, Precision™, Latitude™, PowerEdge™ und OptiPlex™ sind Warenzeichen der Dell, Microsoft, Windows, Windows Vista und das Windows Vista-Logo sind eingetragene Marken oder Marken der Microsoft Corporation in den USA und/oder in anderen Ländern. Microsoft OEM Software wird von Dell ab Werk vorinstalliert und optimiert. Nicht alle Funktionen von Windows Vista™ sind auf allen Windows Vista-fähigen PCs verfügbar. Alle Windows Vista-fähigen PCs können zumindest Windows Vista Home Basic ausführen. Für Premiumfunktionen - wie die neue Benutzeroberfläche Windows® Aero™ -, die in anderen Editionen von Windows Vista verfügbar sind, ist erweiterte oder zusätzliche Hardware erforderlich. Nähere Informationen finden Sie unter www.windowsvista.de/getready. Celeron, Celeron Inside, Core Inside, Intel, Intel Logo, Intel Atom, Intel Atom Inside, Intel Core, Intel Inside, Intel Inside Logo, Intel Viviv, Intel vPro, Itanium, Itanium Inside, Pentium, Pentium Inside, Viviv Inside, Xeon, und Xeon Inside sind Marken der Intel Corporation in den USA und anderen Ländern. Weitere in diesem Dokument verwendete Marken und Handelsnamen beziehen sich auf die jeweiligen Eigentümer oder deren Produkte. Microsoft OEM Software wird von Dell ab Werk vorinstalliert und optimiert. Einige in diesem Computer enthaltene Microsoft® Softwareprodukte sind möglicherweise durch technische Maßnahmen kopiergeschützt. Solche Produkte können Sie nicht verwenden, wenn Sie nicht zuvor die Aktivierungsmaßnahmen für das Produkt durchführen. Die Aktivierungsmaßnahmen für das Produkt und die Microsoft Datenschutzpolitik werden während der allerersten Inbetriebnahme des Produkts, bei bestimmten Neuinstallationen des Softwareprodukts bzw. der Softwareprodukte oder bei bestimmten Neukonfigurationen des Computers ausführlich beschrieben und können über das Internet oder per Telefon vervollständigt werden (dabei können Telefongebühren anfallen). ** Die nutzbare Kapazität kann je nach eingesetzter Software und vorinstallierten Image (aktuell bis 4 GB) differieren.

NEU



Schnell. Intelligent.

Stoppt das »Vogel-Strauß- Syndrom«



Menschen werden belästigt, bedroht,
geschlagen, sexuell gedemütigt –
vor unseren Augen.

Die Opfer hoffen auf unsere Hilfe.
Viel zu oft jedoch vergebens. Jeder von
uns kann helfen. Auch Sie!

**Zeigt
Zivilcourage.
Ruft Hilfe:
110**



www.weisser-ring.de

Spendenkonto 34 34 34
Deutsche Bank Mainz (BLZ 550 700 40)

Opfer-Telefon 0800 0800 343



POLITIK

- 3 Editorial**
MIT-Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarman schreibt zur aktuellen politischen Lage
- 4 Unsere Seite-4-Karikatur**
Außerdem: Kleiner Fußballer-Sprachkurs zum WM in Südafrika ab dem 11. Juni
- 8 Wie man aus Stammwählern Nichtwähler macht**
Die Union auf der Suche nach Orientierung nach einer Serie von Wahlniederlagen, die sie auf das Niveau von 1947 zurückwarfen
- 11 Die Soziale Marktwirtschaft ist die Ordnung der Freiheit**
Der neue FDP-Generalsekretär Christian Lindner zur Marktwirtschaft, Steuerpolitik und zum Thema „Privat vor Staat“

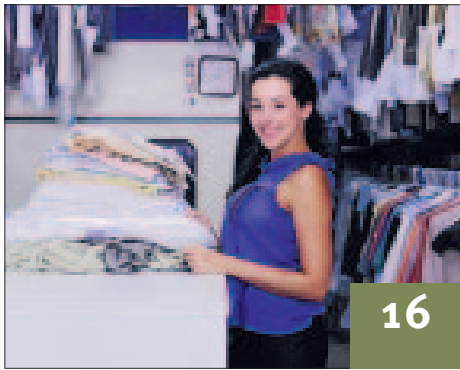
- 13 „Es gibt Leute, die glauben, man könne Wachstum beschließen“**
MIT-Bundesschatzmeister Peter Jungen zu Innovationen, Marktwirtschaft und zur aktuellen Wirtschaftspolitik in Deutschland

WIRTSCHAFT

- 14 Verbraucherschutz und Mittelstand**
Interview mit Bundes-Agrarministerin Ilse Aigner
- 15 Leistungsträger von der Politik im Stich gelassen**
13 Mio. Steuerzahler bringen fast 94 % der Lohn- und Einkommensteuer auf. Diese Leistungsträger haben aber das Gefühl, dass die Politik sich mehr um die anderen kümmert, die nicht den Karren ziehen



Mit dieser Ausgabe verabschieden wir uns in eine kurze Sommerpause.
Das nächste MittelstandsMagazin erscheint am 28. Juli 2010 **Die Redaktion**



16



23

UNTERNEHMEN

- 16 Existenzgründung in Handwerk und Dienstleistung**
Geschätzte 410 000 Existenzgründungen gab es nach Hochrechnungen des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) voriges Jahr. Im gleichen Zeitraum registrierte das Institut auch 397 000 Pleiten. Darum ist umfangreiche Information vor einer Existenzgründung von großer Bedeutung.
- 21 Marketing für Gründer**
Ein kleines Marketing-ABC, das Gründer oder auch solchen Unternehmern, die bereits am Markt sind, vor den schlimmsten Fallen in Marketing und Werbung bewahren soll
- 23 Autos für Mittelständler**
Heute im Test: der Toyota Avensis Combi
- 29 Energie und Wettbewerb - Die unendliche Geschichte**
Interview mit dem Präsidenten des Bundeskartellamtes, Andreas Mundt

SERVICE

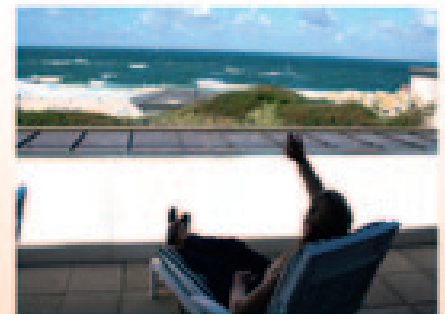
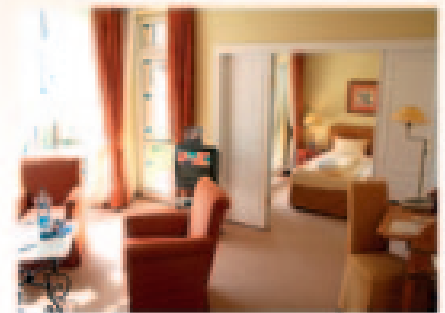
- 24 Für Sie gelesen – unsere Bücherseite**
- 25 Kreditkartenurteil**
Ein aktuelles Urteil stärkt die Rechte der Kreditkarteninhaber gegenüber den Banken
- 26 Recht im Gespräch**
- 27 Aktuelle Urteile**

MIT-INSIDE

- 28 MU-Inside**
- 30 MIT-Inside**
- 32 Namen sind Nachrichten**
- 33 Unsere Glosse**
Hier schreibt der Kabarettist Manfred Degen
- 34 Baustelle Berlin**
- 34 Impressum**



STRANDHOTEL
Sylt



WOHNEN IM STRANDHOTEL

- zentral und ruhig gelegen
- in Westerland
- direkt hinter der Düne
- 52 Suiten mit getrenntem Wohn- und Schlafbereich
- tolles Frühstücksbuffet bis 12.00 Uhr
- Tiefgarage im Haus
- kostenfreie Nutzung von Sauna, Dampfbad und Fitnessgeräten
- Solarium und Fitarium gegen Gebühr

SPEISEN AN VIELEN ORTEN

Westerlandstraße 1
22600 Westerland Sylt
Telefon 048 31 11 80 40, Telefax 048 31 11 80 41
E-Mail: info@strandhotel.de
Internet: www.sylt-strandhotel.de



Wie man aus Stammwählern Nichtwähler macht



Die Union auf der Suche nach Orientierung nach einer Serie von Wahlniederlagen, die sie auf das Niveau von 1947 zurückwarfen

Von Günter F. Kohl

Wer will was, wozu, warum und mit welchem Ziel und wenn ja, wann? Angela Merkel und Roland Koch, der einige unbequeme Wahrheiten mutig ausgesprochen hat

Für den Wirtschaftsflügel der Union war die christlich-liberale Regierung nach der Bundestagswahl „eine politische Wunschkonstellation“. Auch der Koalitionsvertrag, wenn gleich an der einen oder anderen Stelle etwas schwammig formuliert, stieß auf einhellige Zustimmung. Doch auf die anfängliche Euphorie ist Ernüchterung gefolgt, die zuweilen in Enttäuschung und Unverständnis, ja Ablehnung, umschlägt.

Haben sich vor der Landtagswahl in NRW am 9. Mai noch die meinungsführenden Diskutanten zurückgehalten, so ist mittlerweile die Debatte über den Weg der Union auf ganzer Breite ausgebrochen. Und aus der Sicht vieler Besorgter ist das auch gut so. Schon nach der desaströsen Bundestagswahl 2005 blieb eine gründliche Wahlanalyse aus, und es sieht nicht so aus, als wäre dies nach der letzten Wahl anders. Außer

oberflächlichen Gefälligkeitsanalysen ist bisher nichts in Sicht. Dabei hatte die Union ihr Ergebnis von 35,2 Prozent (2005) mit 33,8 Prozent (2009) nochmals unterboten – nur bei der ersten Bundestagswahl 1949 war es noch schlechter: 31,0 Prozent.

Aus Stammwählern wurden Nichtwähler

Anlass zum vertieften Nachdenken bietet unter diesem Aspekt auch die Wahl in NRW, wo die CDU (aus der Regierung heraus) mit 34,6 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 1947 erzielte. Und das in einem Bundesland, dessen Wähler die CDU über Jahrzehnte wahrlich nicht mit guten Wahlergebnissen verwöhnt haben. 330.000 Stammwähler der CDU blieben in NRW zu Hause. Warum? Was ist das Geheimnis einer Politik, die es seit 2005 systematisch schafft, aus Stammwählern Nicht- und Wechselwähler zu machen? Eine Politik, die die Laufkundschaft pflegt und dabei die Stammkunden vergrault.

Der MIT-Bundesvorsitzende Josef Schlarmann warnte nach der Bundestagswahl: „Wer die treuen Anhänger, die Christlich-Sozialen, die Konservativen und die Wirtschaftsliberalen, vergrätzt, der läuft Gefahr, sie letztlich beide zu verlieren – die Stammwähler und die Wechselwähler. Die Union aber braucht beide. Sie erreicht man nicht mit einem Warenhauskatalog, aus dem sich jede Gruppe das herauspicken kann, was ihr gefällt, sondern sie muss Orientierung, Standfestigkeit und Profil bieten. Wenn sich 13 Prozent der Wähler Frau Merkel auch an der Spitze der SPD vorstellen können, so spricht das nicht für einen geschärften Markenkern der CDU, deren Vorsitzende die Bundeskanzlerin ja immerhin ist.“

Die Bundesregierung stellte das Regieren ein

Sicherlich war es ein Fehler, nach der Bundestagswahl aus Angst vor der Wahl

in NRW die anstehenden Reformen bei Steuern und Gesundheit zu verschleppen. „Es war eine Schnapsidee zu sagen, wir stellen vor dem 9. Mai die Politik ein,“ so der niedersächsische Wirtschaftsminister Jörg Bode (FDP).

Die Schlussfolgerung daraus zog der baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) vor wenigen Tagen: „Ich kritisiere, dass das nicht umgesetzt wird, was Beschlusslage der Koalitionspartner, von Parteitag und generell von Parteigremien ist. Wenn man dem Bürger etwas verspricht und es danach nicht umsetzt und erst recht noch den Eindruck hinterlässt, dass man nicht so richtig weiß, wo man hin will, dann kann man nicht erwarten, dass der Wähler das gut findet.“

Deutlicher machte Mappus das am Beispiel der Energiepolitik: „Wir hatten ein klipp und klares Konzept, eine glasklare Linie, auch im Wahlprogramm, auch im Koalitionsvertrag, mit CSU und FDP abgestimmt. Und jeder kann sehen, dass sich in den letzten fünf, sechs Monaten nicht nur nichts in diese Richtung getan hat, sondern dass man häufig den Eindruck hat, dass es ein gewisses Durcheinander in diesem Bereich gibt.“ Und den Verursacher des Durcheinanders nennt er auch beim Namen: Umweltminister Röttgen: „Was der Bundesumweltminister in den letzten Monaten abgeliefert hat, das würde sicherlich die Note befriedigend nicht erfüllen, denn es ist nicht das, was wir vor der Wahl zugesagt haben.“

Koalitionsvertrag: Steuerpolitik als Wachstumspolitik

Auch der Wirtschaftsflügel ist enttäuscht von der Arbeit der Bundesregierung seit ihrem Start im Herbst 2009. Josef Schlarmann, der MIT-Bundesvorsitzende, erinnert an die Kernaussage des Koalitionsvertrags, dass zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte die privaten und unternehmerischen Produktivkräfte gestärkt werden sollen. Hierbei spielten die Steuerpläne eine zentrale Rolle: „Wir verstehen Steuerpolitik als Wachstumspolitik“, hieß es noch im Koalitionsvertrag. Schlarmann schlussfolgert, dass sich die Kanzlerin aber von dieser Maxime verabschiedet hat ohne allerdings zu sagen, wie

es mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weitergehen soll.

Ja, wie denn nun? Eine schwierige Frage.

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch fordert von Berlin „entschlossenes Regieren“ und Klarheit darüber, was sich aus dem Koalitionsvertrag angesichts der veränderten Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat umsetzen lässt. Dabei will er die Steuervereinfachung, auch eine Forderung der MIT, auf der Tagesordnung halten. Eine alte Forderung der MIT ist es zudem, endlich Sparziele zu formulieren und auf der Ausgabenseite des Bundeshaushalts zu kürzen. Koch forderte Sparaktionen in „gewaltiger Größenordnung“, und er verlangte Kürzungen bei Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslose, bei den Steinkohllehilfen und Subventionen für den öffentlichen Personennahverkehr. Auch bei der

„Wenn man dem Bürger etwas verspricht und es danach nicht umsetzt, dann kann man nicht erwarten, dass der Wähler das gut findet.“

Bildung zu sparen ist offenbar ein Anliegen aller, oder zumindest der meisten Ministerpräsidenten. Dafür, dass er bei der Durchförsung des Haushalts keine Tabus gelten lassen möchte, erntete Koch prompt reichlich Widerspruch – von der Linken bis hin zur Union (!).

Wie soll's weiter gehen?

Josef Schlarmann, der Vorsitzende der MIT bringt es auf den Punkt, was der Wirtschaftsflügel der Union zur Zeit denkt und empfindet: „Wir müssen beides machen: Steuersenkungen und Einsparungen. Es gibt nur eine wachstumsorientierte Politik, um aus der Schuldenkrise herauszukommen. Das hatte die Bundeskanzlerin auch im Herbst 2009 erkannt und den Koalitionsvertrag entsprechend verhandelt. Nur sehe ich im Augenblick kein schlüssiges Konzept, das wirtschaftliches Wachstum und die dringend notwendige Haushaltskonsolidierung miteinander vereint.“



Die Wirtschaftswoche veröffentlichte auf ihrer Titelseite in der Ausgabe vom 17. Mai eine Todesanzeige zum Euro. Schwarzmalerei oder Realitätssinn derer, die näher am Geschehen sind?

Linker oder rechter Patriotismus – wohin führt der Weg?

Patriotismus heißt das Schlagwort, das zur Zeit durch die Medien geistert. Dabei ist die Fussball-WM diesmal nicht in Deutschland, und die Schlagzeile „Wir sind Papst“ ist längst vergilbt. Allerdings ist dem Begriff ein auf den ersten Blick widersprüchlicher Zusatz beigefügt. „Patriotismus, ein linkes Plädoyer“, so betitelt Robert Habeck - Fraktionsvorsitzender der Grünen im Schleswig-Holsteinischen Landtag - sein aktuelles Buch. Und damit löste er eine Debatte quer durch die deutsche Medienlandschaft aus.

Linke Vaterlandsliebe

„Linke Vaterlandsliebe auf die ganz sanfte Tour“ (Die Welt), „Der grüne Patriot“ (Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag) oder ein Interview auf spiegel-online: Robert Habeck kommt rum mit seiner These von einem neuen Patriotismus. Er scheint einen wunden Punkt in der deutschen Politik gefunden zu haben, der sich am besten mit einer gewissen Orientierungslosigkeit bei den Wählerinnen und Wähler begründen lässt. Bürger fühlen sich nicht mehr von „der“ Politik oder „den“ Politikern vertreten. Und Habeck hat erkannt, dass eine Partei auf Dauer ohne modernen programmatischen Unterbau, ohne eine „Idee“, nicht bestehen kann. Das trifft auf die zur Zeit im Höhenflug befindlichen Grünen ebenso zu, wie auf die abgestürzten „Volksparteien“.

Aber sind das nun derart neue Erkenntnisse, die ein solches Medienecho rechtfertigen? Nein, neu ist das nicht! Das Wort der „Politikverdrossenheit“ macht seit langem die Runde. Der Begriff verniedlicht jedoch das eigentliche Problem zu sehr. Es gaukelt uns vor, dass es sich nur um ein vorübergehendes Phänomen handelt, frei nach dem Motto „heute verdrossen und morgen wieder motiviert“. Das Gegenteil müssen wir von Wahlabend zu Wahlabend, mit wenigen Ausnahmen, konstatieren.

Sag' mir, wo die Denker sind

Der Schriftsteller Habeck bringt in seinem Buch aber endlich einmal die entscheidenden Fragen zur Wahrnehmung der Politik durch den „Mann auf der Straße“ zu Papier. Es werden erfrischend ehrlich die Probleme in der Selbstdarstellung der Parteien und ihrer Politiker angesprochen. Und das ganze geschieht ohne Rücksicht auf die eigene, in diesem Falle grüne Partei, ohne Rücksicht auf Wahlen und auch ohne Rücksicht auf die eigene Karriere. Das ist sympathisch, das macht Mut!

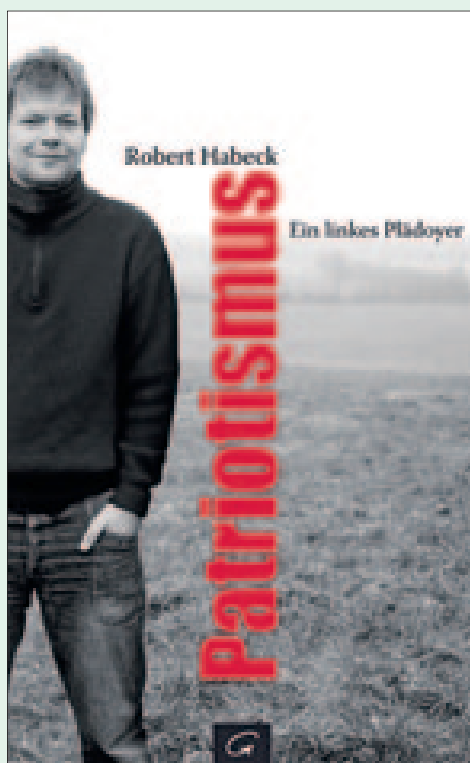
Aber sogleich wird auch die Frage nach den Habecks in den anderen Parteien laut? Wo sind die Denker in der Politik, die bereit sind, anderen in der eigenen Partei kräftig auf die Füße zu treten und die nicht dem pragmatischen „Mainstream“ folgen? Früher hatte die CDU einen Heiner Geißler, einen Kurt Biedenkopf, eine Rita Süsmuth oder auch Richard von Weizsäcker. Sie haben die Partei mit ihren Ideen, programma-

tischen Ansätzen und Widersprüchen in Bewegung gebracht und vermeintlich feste Positionen in Frage gestellt und diskutiert. Und: Sie haben nie den Sinn von Politik aus den Augen verloren und den Menschen erklärt, wohin die politische Reise geht.

Vielleicht ist es genau das, was heute fehlt: Die große Linie, die konkrete Vorstellung von der Welt von morgen. Robert Habeck hat recht, wenn er schreibt „Wir wurschteln uns so durch, reformieren so vor uns hin, aber nur kurzfristig, ohne langfristige Ideen und konsequente Ideale.“ Das schwierige Alltagsgeschäft steht in Berlin im Vordergrund. Man „fährt auf Sicht“. Aber die Probleme sind so komplex, dass die Politiker sie ihren Wählern kaum vermitteln können. Wer aber keine langfristige Perspektive, keine „Idee“, aufweisen kann, der kann auch nicht auf Vertrauen in schwierigen Einzelfragen hoffen.

Es geht darum, den zur Zeit politikmüden Menschen deutlich zu machen, dass es sich lohnt, für diese demokratische Gesellschaft, für die Grundrechte und die Werte, die das Fundament unseres Zusammenlebens bilden, auf die Straße zu gehen, in Parteien zu wirken oder sich in Bürgerinitiativen zu engagieren. Habeck fasst das in einem Interview mit einfachen Worten zusammen: „Man kann sich nur für eine Gesellschaft einsetzen, wenn sie einem nicht egal ist.“ Richtig!

Damit steht die politische Führung jeder Partei in der Pflicht, den Bürgerinnen und Bürgern eine Perspektive zu geben, eine Vision für ein Leben in 10, 20 oder 30 Jahren. Es gilt, Wegweiser aufzustellen, die uns Orientierung in diesen schwierigen Zeiten geben. Nicht nur Schleswig-Holsteiner wissen, wie wichtig Leuchttürme sind. Tatsächlich geht es nicht um linken oder rechten Patriotismus. Es geht um einen Weckruf für eine gesellschaftspolitische Diskussion, die dringend notwendig ist. *Wolf-Dietrich Bartsch*



Robert Habeck (41) ist Schriftsteller und Fraktionsvorsitzender der Grünen im schleswig-holsteinischen Landtag. Sein Buch ist erschienen im Gütersloher Verlagshaus und kostet 19,95 Euro

DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IST DIE ORDNUNG DER FREIHEIT

Auszüge aus einer Rede des FDP-Generalsekretärs Christian Lindner

Wir haben in der Koalition ein gemeinsames Wertefundament. Das ist die Soziale Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet eine dynamische Wirtschaft mit sozialem Ausgleich, Leistungsgerechtigkeit mit Teilhabe. Die Soziale Marktwirtschaft stärkt die Innovationskraft und sie entmächtigt die Mächtigen durch freien Wettbewerb. Die Soziale Marktwirtschaft beschreibt den normativen Vorrang privater Initiative innerhalb eines staatlichen Ordnungsrahmens. Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als eine Wirtschaftsordnung: Sie ist ein Gesellschaftsmodell. Sie ist die Ordnung der Freiheit.

Politisches Gegenmodell

Aber diese Ordnung ist in den vergangenen Jahren nicht gepflegt worden. Ihr kulturelles und ihr Vertrauenskapital sind verbraucht und nicht gestärkt worden. Deshalb gibt es so etwas wie eine Art Unbehagen in der Kultur. Eine gewisse geschmäckerliche Abneigung gegen den freien Markt. Es formieren sich auch Gegenmodelle. Die ZEIT sinnierte neulich in einem Leitartikel darüber, dass ein sanfter Etatismus die bessere Antwort auf die Fragen der Zeit sei, ein sanfter Etatismus. Es bleibt aber nicht bei dieser Feuilleton-Debatte. Es gibt auch ein politisches Gegenmodell, das vorbereitet wird.

Dieser Tage haben die Generalsekretärin der Sozialdemokraten und die politische Bundesgeschäftsführerin der Grünen einen bemerkenswerten Aufsatz veröffentlicht und in diesem Aufsatz findet sich ein Schlüsselsatz. Da heißt es nämlich: "Wir brauchen eine demokratisch legitimierte Klärung, welche Bereiche in Zukunft wachsen sollen und welche nicht." Eine demokratische Klärung, eine politische Entscheidung, welche Bereiche in unserer Gesellschaft in Zukunft wachsen sollen und welche nicht. Wer entscheidet eigentlich in der Sozialen Marktwirtschaft in welche Richtung sich die Gesellschaft entwickelt? Wer hat in den vergangenen 60 Jahren entschieden, in welche Richtung sich diese Gesellschaft entwickelt hat? Das waren die Millionen Kunden, die ihre Konsumentensouveränität genutzt haben, dieses Produkt zu kaufen und ein anderes nicht. Das waren hunderttausende Unternehmen, die entschieden haben, dieses Produkt zu entwickeln und jenen

Markt anzustreben und einen anderen nicht. Das waren tausende Wissenschaftler, die ihre Wissenschaftsfreiheit genutzt haben, diese Innovation zu erreichen und eine andere nicht zu suchen. Die Millionen Einzelentscheidungen, die Schwarmintelligenz der Gesellschaft, ist in jedem Fall dem politischen Diktat überlegen.

Die Ordnung der Freiheit

Deshalb wollen wir die Soziale Marktwirtschaft als Ordnung der Freiheit verteidigen. Die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern, das ist unser Projekt. Es bedeutet das Sozialstaatsprinzip nicht mehr gegen das Leistungsprinzip auszuspielen, sondern das Leistungsprinzip zu nutzen, um das Sozialstaatsprinzip zu verwirklichen. Die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern, das bedeutet den Markt als Innovationstreiber, als Kostensenker zu nutzen, um ökologische Ziele auch zu erreichen und nicht einen ökologischen Dirigismus à la Glühbirnenverbot zu frönen. Die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern, das bedeutet auch, die Finanzmärkte zurück zu führen in ihre dienende Funktion für die Soziale Marktwirtschaft, für die so genannte Realwirtschaft.

Es bedeutet aber nicht, die Finanzbranche zu verteufeln. Denn die Finanzmärkte stellen für industrielle Revolutionen Kapital zu Verfügung. Sie halten an zu Effizienz. Sie sorgen dafür, dass Innovationen im Wettbewerb hervorgebracht werden und sie geben Unternehmen neue Möglichkeiten, sich gegen Währungsrisiken

und gegen Rohstoffrisiken abzusichern. Aber durch eine neue Finanzaufsicht, durch die beschlossene Bankenabgabe und durch neue Kapitalanforderungen ziehen wir die Bremse bei irrealen Risiken, irrealen Renditen und irrealen Boni, die gewährt werden. Das ist die Antwort des Marktes und der Sozialen Marktwirtschaft auf die Finanzmarktkrise. Es ist nicht, den Markt in Ketten zu legen, sondern seine Kraft schöpferisch zu nutzen – im Interesse dieser Gesellschaft. Soziale Marktwirtschaft zu erneuern, das erfordert eine neue Balance von Staat und Privat.

Privat vor Staat

Uns Liberalen wird gelegentlich vorgeworfen, wir seien gegen den Staat. Das ist so plump wie falsch. Aber wir beten den Staat nicht als metaphysische Größe an. Wir wollen einen Staat, der Achtung genießt aufgrund der Leistungsfähigkeit seiner sozialen und ökonomischen Institutionen. Und vor diesem Hintergrund ist die Bilanz der Staatstätigkeit im letzten Jahrzehnt nicht befriedigend. Wir haben einen Staat, der wächst. Inzwischen haben wir den mit am besten finanzierten Wohlfahrtsstaat der Welt. Der Staat entscheidet mit über die Aufgabenteilung in der Familie, zwischen Mann und Frau, über die Frage, wie Kinderbetreuungskosten abgerechnet werden und das Elterngeld ausgezahlt wird. Der Staat entscheidet über zentrale Lebensentscheidungen mit und er prägt den Alltag. Die anonymen Verteilungsbürokratien nähren die Illusion, jeder könnte auf Kosten aller leben.

Vom stolzen Bürger zum käuflichen Untertan

Wir haben die Situation, dass die Allgegenwärtigkeit des Staates und das Durchdringen der privaten Lebenssphäre durch den Staat eine größere Bedrohung, eine größere Beeinträchtigung für die Freiheit ist, als die schiere Größe des öffentlichen Sektors. Denn aus dem freien Menschen wird der gelenkte Mensch. Wo Bürger aber vom Staat Privilegien erhoffen, da werden sie vom stolzen Bürger zum käuflichen Untertan. Und deshalb ist die Neuordnung des Sozialstaats und des Steuerstaats eine Freiheitsfrage.

Die Rede wurde gehalten auf dem 61. Bundesparteitag der FDP am 24. April 2010 in Köln



FDP-Generalsekretär Christian Lindner



Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als eine Wirtschaftsordnung, sie ist ein Gesellschaftsmodell

Quelle: Stiftung Haus der Geschichte, Bonn

DIESES STEUERRECHT HAT SEINE LEGITIMATION VERLOREN

„So ist dieser Tage ein Steuerbescheid aus Niedersachsen öffentlich geworden. Die Finanzbehörde schreibt dem Steuerzahler: „Im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung wird dazu geraten, Einspruch gegen den Bescheid einzulegen und gleichzeitig die Aussetzung der Vollziehung zu beantragen.“ So die fürsorgliche Empfehlung. Und das Finanzamt setzt dann fort: „Bitte fügen Sie dem Antrag auf Aussetzung der Vollziehung eine Ermittlung der auszusetzenden Beträge bei, da von Seiten des Finanzamtes zurzeit auch insoweit noch keine Berechnungsmöglichkeit besteht.“

Das Finanzamt ist also weder in der Lage zu sagen, wie hoch die Steuerschuld ist, noch kann die Finanzbehörde einen rechtskräftigen Bescheid ausstellen. Ein Steuerrecht, das selbst die Finanzbehörde nicht versteht und administrieren kann, ein solches Steuerrecht hat seine Autorität und Legitimation verloren. Deshalb bestehen wir auf der Neuordnung des Steuerrechts.“

13 Mio. Menschen erwirtschaften 95 %

„Nach Umfragen sagt die Mehrheit der 82 Millionen Deutschen: „Wir wollen diese Steuerentlastung nicht, wir brauchen sie nicht.“ Wir haben in Deutschland 26 Millionen Steuerzahler. Von diesen 26 Millionen Steuerzahlern erbringen 50 Prozent 95 Prozent des Steueraufkommens. 13 Millionen Menschen erwirtschaften also 95 Prozent des Aufkommens der Lohn- und Einkommensteuer. Das ist nicht die Upperclass. Das Gros dieser 13 Millionen sind Men-

schen, die zwischen 2.000 und unter 4.000 Euro verdienen. Hart arbeitende Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, die ihre Kinder erziehen, sich um ihre Familie kümmern, in Nachbarschaften und Vereinen aktiv sind. Die stellen möglicherweise nicht die Mehrheit in diesem Land, aber deren Interessen zu vernachlässigen und sie in Umfragen unterzupflügen, legt die Axt an die soziale Stabilität in diesem Land.“

Lindner über

SIGGI POP

„Ich habe ein Hobby seit einiger Zeit. Ich protokolliere nämlich Sigmar Gabriel mit. Und das will ich mal zitieren. Das sind jetzt inzwischen sechs Wochen Sigmar Gabriel: „Biedermann und Biederfrau, Brandstifter und Sozialbetrüger, asoziale und radikale Partei, jung und gnadenlos und verfassungsfeindlich, Dienstbote von Steuerhinterziehern und Atomlobbyist, Zuschauerkanzlerin und Propagandazentrale der Atomkonzerne, Trivialkanzlerin und neunmalklugen-BWL-Yuppies, Lug und Trug und Praktikanten, falscher Fünfziger, rechthaberischer Schreihals und Lumpenelite, Wirtschaftsstalinist und Leitwart der Atomkraftwerke, Ökobolschewist und Helfershelfer der Taliban, Mächtgern-Berlusconi mit verfassungsfeindlichen Tendenzen, populistischer Führer und schizophrene Persönlichkeit.“

Die Zitate auf dieser Seite stammen von FDP-Generalsekretär Christian Lindner

INTERVIEW

„Es gibt Leute, die glauben, man könne Wachstum beschließen!“

Auszüge aus einem längeren Interview Peter Jungens mit der Tageszeitung „DIE WELT“

Was wäre gegenwärtig die beste Strategie für Deutschland?

Peter Jungens: Garantiert nicht, die Löhne zu erhöhen, und auch nicht, nur auf den Konsum zu setzen. Sondern Innovation, mehr Investitionen in Start-Ups. Unsere Innovationsgeschwindigkeit ist rückläufig, das ist brandgefährlich.

Warum ist unsere Politik so innovationsfeindlich?

Jungens: Sie setzt auf das Bewährte. Das sieht man in der Kurzarbeit. Die Politiker sagen: Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz. Das ist aber sogar für den Arbeitnehmer kein Versprechen, sondern eine Drohung. Denn hätte man das vor 200 Jahren so gemacht, würden wir alle noch in der Landwirtschaft arbeiten.

Wie hat man sich eine innovative Wirtschaftspolitik vorzustellen?

Jungens: Dieses Land hat 91.000 Gesetze, Vorschriften, Regulierungen und Verordnungen. Auf die Frage, welcher Wahnsinnige denn hier dennoch ein Unternehmen gründet, kann ich nur antworten: Wer kennt schon diese ganzen Vorschriften? Seit 1995 sind die Unternehmensgründungen rückläufig; wir leben im Grunde genommen von den Exportüberschüssen derjenigen Branchen, die vor 100 Jahren entstanden, was die Generationen vor uns im deutschen Maschinenbau entwickelten.

Immer noch haben wir diese One-Stop-Agency nicht hinbekommen – dass man in einer Behörde nur an einer Stelle kämpfen muss -, und diese Stelle dann mit den anderen Stellen, statt den Unternehmen mit Beamten zu belasten, ja auch zu belästigen.

Die Zahl der Wachstumskeptiker nimmt derzeit dramatisch zu.

Jungens: Es gibt sogar Leute, die glauben, der Bundestag könne über Wachstum beschließen! Das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ ist der Hybris der Politik geschuldet! In den Jahren seit dem Zusammenbruch des



Peter Jungens (70), ist Bundes-Schatzmeister der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und Präsident der SME-Union, die auf europäischer Ebene die Interessen mittelständischer Unternehmen vertritt. Der Kölner Unternehmer ist aktiver „Business Angel“ und u.a. Chairman des New Yorker „Center on Capitalism and Society“ der Columbia Universität, das von den Nobelpreisträgern Phelps und Stiglitz getragen wird.

Kommunismus sind in der Welt statistisch pro Jahr 42 Millionen Arbeitsplätze entstanden. 800 Millionen Menschen haben also neue Arbeitsplätze gefunden. Damit ist die Frage nach dem Wachstum beantwortet.

Der Kapitalismus, so hört man Sie, ist der beste Entwicklungshelfer?

Jungens: Ja, es war ja nicht die Entwicklungshilfe, die die Menschen vorankommen ließ und lässt, sondern es ist ihr eigener Wille. Alle Länder, die der westlichen Entwicklungshilfe entkommen sind, sind heute reicher geworden. Länder wie die afrikanischen hingegen, Opfer westlicher Entwicklungshilfe, sind arm geblieben. Ghana ist so arm wie 1960, hat 500 Dollar pro Kopf Jahreseinkommen. Südkorea war 1960 auch bei 500 Dollar – und ist heute bei 20.000 Dollar.

Das Nullwachstumsgerede ist unchristlich und unsolidarisch. Wenn wir schon wie der Papst reden: totum unum – wir sind eine Welt: Das Größte, was der Menschheit passieren können, ist der Fall des Kommunismus und die Ausweitung des Kapitalismus über die ganze Welt, sodass zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit die Mehrheit in Staaten lebt, die den Kapitalismus akzeptieren.

Das Interview ist erschienen am 20.4.2010 und wurde geführt von Andrea Seibel

VERBRAUCHERSCHUTZ UND MITTELSTAND ZWEI SEITEN EINER MEDAILLE

**Von Ilse Aigner, MdB,
Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Häufig werde ich gefragt: Auf der einen Seite Politik für den Mittelstand machen und auf der anderen Seite Verbraucherpolitik gestalten – geht das? Ich meine: Das geht sogar sehr gut zusammen. Es sind zwei Seiten ein- und derselben Medaille.

Meine Haltung basiert auf einem festen Fundament, denn die Soziale Marktwirtschaft ist schließlich mehr als eine Wirtschaftsordnung. Sie ist eine Werteordnung. Freiheit und Verantwortung haben den Aufstieg erst möglich gemacht, den die Bundesrepublik nach ihrer Gründung genommen hat. Titel wie Wirtschaftswunderland und Exportweltmeister zeugen von wirtschaftlichem Wohlstand. Zugleich war damit gesellschaftliches Wohlergehen verbunden. Nicht eine grenzenlose, regel- und schrankenlose Freiheit war dafür das Erfolgsrezept, sondern eine „Ordnung der Freiheit“.

*Gut informierte Verbraucher,
leistungsstarke Anbieter*

Der Mittelstand in Deutschland ist unser Motor für Wachstum und Beschäftigung. Auch in der größten globalen Wirtschafts- und Finanzkrise seit den 1920er Jahren hat er unserem Land Kraft gegeben. Die Politik hat ihn dabei unterstützt und für Stabilität gesorgt. Es ist gut zu sehen, dass der Motor trotz all der Schwierigkeiten weitgehend rund läuft. Die mittelständischen Unternehmen sind Garanten sicherer Arbeitsplätze, schaffen Werte und bereichern die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch innovative Produkte und nachhaltiges Wirtschaften. Das Funktionieren der Märkte ist aber auch vom Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher abhängig. Gut informierte und auf ihren Schutz vertrauende Verbraucher haben wesentlichen Einfluss darauf, dass sich leistungsstarke Anbieter am Markt durchsetzen können. Ihre

Ansprüche und Erwartungen sind zudem immer wieder Anstoß für die Weiterentwicklung der Angebote.

*Engagierter Akteur
im sozialen Leben vor Ort*

Eine Verbraucherpolitik, die die Entscheidungsfähigkeit der Verbraucherinnen und Verbraucher stärkt und ihre Rechte sichert, ist keine Bedrohung für den Standort. Im Gegenteil: Damit eröffnen sich für die Unternehmen neue Möglichkeiten. Ich werbe dafür, die Ansprüche des kritischen Verbrauchers als Chance zu sehen. Denn in einer globalisierten Welt können gerade Produkte aus der Heimat profitieren. Wenn der Wettbewerb zwischen den Regionen rund um die Erde an Schärfe zunimmt und die Geschwindigkeit des Wandels an



Ilse Aigner (45) war von 1994 bis 1998 Mitglied des Bayerischen Landtags und ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie vertritt dort den Wahlkreis Starnberg, Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach. Seit 2008 ist Aigner Bundesministerin. Die gelernte Radio- und Fernsehtechnikerin ist seit 2000 Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU in Bayern

Tempo gewinnt, sind viele Menschen auf der Suche nach Halt, Orientierung und Sicherheit. In dieser Hinsicht überzeugen vor allem unsere mittelständischen Unternehmen häufig durch ihre Nähe zum Kunden. Sie sind in regionale Wertschöpfungsketten eingebunden und profilieren sich in Partnerschaft mit anderen Mittelständlern. Ihre Stärke liegt in der Qualitätsarbeit. Als Marken können sie sich einen guten Namen machen. Nicht zuletzt ist unser Mittelstand neben allen wirtschaftlichen Aspekten ein engagierter Akteur im sozialen Leben vor Ort.

Verbraucherpolitik heißt nicht, das Leben der Menschen mit Gebots- und Verbotschildern zu reglementieren. Ich will die Betriebe nicht mit unnötiger Bürokratie belasten oder den Menschen einen bestimmten Lebensstil vorschreiben. Es geht vielmehr darum, einen Rahmen abzustecken. Er soll den Schutz der Gesundheit, der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher und deren Sicherheit gewährleisten. Irreführung und Täuschung müssen tabu sein. Das liegt nicht nur im Interesse der Verbraucher, sondern auch der Unternehmen, die auf einen fairen Wettbewerb setzen. Verbraucher sollen sich selbst ein Urteil bilden und eigenverantwortlich handeln können. Diese Freiheit steht ihnen zu. Zugleich wollen wir ihre Entscheidungskompetenz fördern, indem wir auf Transparenz, Sicherheit und eine effektive Rechtsdurchsetzung Wert legen.

Dem deutschen Mittelstand muss davor nicht bange sein. Eine gute Verbraucherpolitik auf der Basis solider Werte wird den Unternehmen, die sich Vertrauen verdienen, weiteren Schwung verleihen. So ist die Medaille, mit einem starken Mittelstand einerseits und einem mündigen Verbraucher andererseits, von großem Wert für alle.

Leistungsträger von der Politik im Stich gelassen

Ein Viertel zahlt Dreiviertel – so sieht die Relation von abgabepflichtigen Bürgern zum Einkommensteueraufkommen aus. Im vergangenen Jahr gab es unter den 82 Millionen Deutschen 26 Millionen Lohn- und Einkommensteuerpflichtige.

Die obersten 25 Prozent, also jene 6,5 Millionen Leistungsträger, die mehr als ca. 43.000 Euro im Jahr zu versteuern haben, erwirtschaften 75 Prozent des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens.

Das unterste Viertel hingegen, jene 6,5 Millionen Menschen, die weniger als 11.500 Euro im Jahr versteuern, zahlen gerade mal 0,3 Prozent der Lohn- und Einkommensteuer.

Nun wird's politisch: Betrachtet man die obersten 50 Prozent der Steuerpflichtigen, das sind 13 Millionen Menschen, die mehr als 26.000 Euro jährlich zu versteuern haben und zwischen 2.000 und 4.000 Euro im Monat verdienen, so zahlen sie 93,7 Prozent des Aufkommens an Lohn- und Einkommensteuer. Diese Menschen fühlen sich vom Staat zunehmend im Stich gelassen, auch wegen der im Steuertarif enthaltenen Ungerechtigkeit (sog. „Mittelstandsbauch“). Und wer sich die Politik der letzten Jahre, insbesondere der großen Koalition, vor Augen führt, der kommt zu dem Schluss, dass auch die Union in ihrem Regierungs-



handeln immer stärker jene unteren 50 Prozent der Steuerzahler präferiert, die gerade mal 6,3 Prozent zum Steueraufkommen

beitragen. **Steuergerechtigkeit sieht anders aus.**

Günter Kohl

Siehe auch Seite 11/12

geschäftstüchtlich

Kostenlose Kontoführung

0,00 Euro*

Business Giro

Bis zu

1,5 % p.a.**

Business SparCard

Klasse, wie meine Bank ihr Geschäft versteht ... und auch meines!

UNTERM STRICH ZÄHL ICH.

- www.postbank.de/geschaeftskunden
- Postbank Business-Center, 0180 4440400***
- Postbank Finanzcenter, www.postbank.de/filial-suche

Postbank
GESCHÄFTSKUNDEN

* Ab 10.000 € durchschnittlichem Habensaldo im Monat. ** Ab 50.000 €, Zinssatz variabel. *** Mo.–Sa. 8–21 Uhr; 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz; Mobilfunktarif max. 42 Cent/Minute.



Existenzgründung in Handwerk und Dienstleistung

Von Steuerberater Klaus A. Schleweit

Ob man sich mit einer Reinigung oder mit einer anderen Geschäftsidee in Handwerk oder Dienstleistung selbstständig macht – es gilt ein paar Grundregeln zu beachten



Foto: Pitopia

Wer sich im Handwerk oder im Dienstleistungssektor selbstständig machen will, muss sich mit dem Steuerrecht und den Gewinnermittlungsvorschriften beschäftigen. Sie sind für die Frage entscheidend, wie viel vom erzielten Gewinn nach Einkommensteuer verbleibt und für die Tilgung von Investitionsdarlehen und die private Lebensführung verwendet werden kann.

Der junge Unternehmer wird die für seinen Start in die Selbstständigkeit erforderlichen Investitionen in der Regel auch durch Kredite finanzieren. Dabei muss er die von den Kreditinstituten angesetzte Messlatte der Kapitaldienstfähigkeit kennen. Wenn er außerdem Arbeitgeber ist, muss er arbeitsrechtliche Grundkenntnisse haben und wissen, mit welchen Personalkosten er pro Mitarbeiter rechnen muss.

Dieser Beitrag erläutert wichtige steuerliche und betriebswirtschaftliche Themen. Dabei werden die Tätigkeiten als Einzelunternehmer und als Personengesellschaft behandelt. Der etwas seltenere Beginn mit einer Kapitalgesellschaft – zumeist einer GmbH – wird hier aus Platzgründen nicht dargestellt.

Umsatzsteuer

Beginnen wir mit der Umsatzsteuer, da diese schon bei der Ausstellung der ersten Rechnungen an Kunden eine wichtige Rolle spielt. Sowohl ein Einzelunternehmer als auch eine Personengesellschaft können

jeweils umsatzsteuerlicher Unternehmer sein. D.h., auch die Personengesellschaft wird vom Finanzamt als eigenständiger Steuerpflichtiger behandelt.

In der Regel wird der junge Unternehmer Umsätze erbringen, die der Umsatzsteuer unterliegen. Je nach Umfang seines Geschäfts ist er entweder als Kleinunternehmer nicht umsatzsteuerpflichtig oder er ist umsatzsteuerpflichtig und muss in den ersten zwei Jahren seiner Unternehmertätigkeit monatliche Umsatzsteuervoranmeldungen abgeben.

Als Kleinunternehmer gilt er, wenn sein Gesamtumsatz im vorangegangenen Kalenderjahr 17.500 € nicht überstiegen hat (das ist i. d. R. bei einem Existenzgründer zu bejahen) und im laufenden Kalenderjahr 50.000 € voraussichtlich nicht übersteigen wird. Beginnt die Tätigkeit während des Jahres, so ist der voraussichtliche Umsatz im restlichen Kalenderjahr auf einen Jahresumsatz hochzurechnen, um die Überschreitung der Grenze von 50.000.-- € zu prüfen. Falls er als Kleinunternehmer gilt, so braucht er keine Umsatzsteuer in seinen Rechnungen auszuweisen und keine Umsatzsteuervoranmeldungen und Umsatzsteuererklärungen abzugeben. Er kann aber auch keine Vorsteuer geltend machen; d.h., die in Eingangsrechnungen enthaltene deutsche Umsatzsteuer kann er sich nicht vom Finanzamt „zurückholen“. Daher hat ein Kleinunternehmer das Wahlrecht, als Regelunternehmer aufzutreten, der umsatz-

steuerpflichtig ist und in seinen Rechnungen Umsatzsteuer gesondert ausweist. Das kann sinnvoll sein, wenn am Anfang große Investitionen getätigt werden sollen, wo die Vorsteuer vom Finanzamt erstattet werden sollte. An diese Option zum Regelunternehmer ist er fünf Jahre lang gebunden.

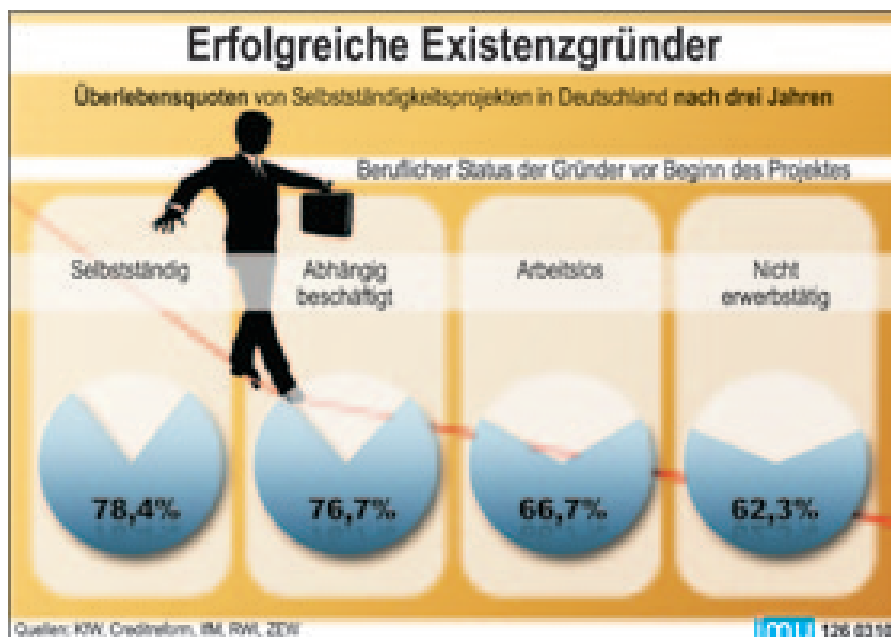
Der umsatzsteuerpflichtige (Regel-)Unternehmer schuldet dem Finanzamt die Umsatzsteuer, die auf Grund seiner Ausgangsumsätze entsteht, und belastet sie seinen Kunden. Von dieser geschuldeten Umsatzsteuer zieht er die Umsatzsteuer als sog. Vorsteuer ab, die man ihm gesondert für Eingangsleistungen in Rechnung stellt und die er seinen Lieferanten bezahlen muss. Der Unternehmer muss wissen, welche seiner Umsätze dem Regelsteuersatz von 19 % oder dem ermäßigten Steuersatz von 7 % unterliegen und welche Umsätze nicht der Umsatzsteuer unterworfen sind.

Art der Gewinnermittlung

Der Unternehmer ermittelt seinen Gewinn entweder durch Einnahmeüberschussrechnung oder durch Bilanzierung.

Bei der Einnahmeüberschussrechnung werden Betriebsausgaben im Moment der Bezahlung erfasst, Betriebseinnahmen im Zeitpunkt des Zahlungseingangs. Ausgaben für die Anschaffung von Anlagevermögen sind nicht sofort abzugsfähig, sie werden auf ihre Nutzungsdauer über mehrere Jahre abgeschrieben. Die Einnahmeüberschussrechnung ist etwas einfacher zu handhaben als die Bilanzierung.

Bei der Bilanzierung wird genauer als bei der Einnahmeüberschussrechnung festgestellt, welcher Gewinn in welchem Jahr erwirtschaftet wurde. Es findet eine genauere Zuordnung der Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben (Aufwendungen und Erträge) zu dem jeweiligen Kalenderjahr statt. Zum Bilanzstichtag (meistens der 31. Dezember) bestehende Forderungen sind diese in der Bilanz zu aktivieren, Verbindlichkeiten des Unternehmers sind zu passivieren. Die Abgrenzung der Forderungen und Verbindlichkeiten erfolgt in der Praxis oft durch den Steuerberater im Rahmen der Buchhaltung der ersten Monate des folgenden Jahres und stellt daher für den Unternehmer keine besondere Zusatzbelastung dar. Er muss eine Inventur seiner



Vorräte zum 31. Dezember machen, was je nach Art und Umfang des Betriebes mit viel oder wenig Aufwand verbunden ist.

Einzelunternehmer sind nach Handelsrecht nicht bilanzierungspflichtig, wenn ihr jährlicher Gewinn 50.000.-- € und ihr jährlicher Umsatz 500.000.-- € nicht überschreitet. Vorsicht bei Neugründungen: Wenn sich im Jahr der Betriebseröffnung erst zum Jahresende herausstellt, dass z.B. die Gewinn-grenze von 50.000.-- € überschritten wurde, besteht rückwirkend ab Betriebseröffnung die Bilanzierungspflicht.

Freiberufliche Dienstleister dürfen unabhängig von Gewinn und Umsatz bei der Einnahmeüberschussrechnung bleiben. Sie können aber freiwillig bilanzieren.

Vermeidung von Betriebsvermögen bei Immobilien

Der Existenzgründer sollte sich sehr gut überlegen, ob er seine Praxis in einer ihm gehörenden Immobilie einrichten will. In diesem Fall wird die für seinen Betrieb genutzte Immobilie oder der Teil hieran zu steuerlichem Betriebsvermögen. Dies bedeutet, dass er zwar die Abschreibungen für das Gebäude als Betriebsausgaben geltend machen kann. Er muss jedoch bei Veräußerung der Immobilie oder bei Beendigung seiner betrieblichen Tätigkeit die stillen Reserven versteuern. Stille Reserven sind die Differenz zwischen dem Buchwert der Immobilie und dem Kaufpreis oder Verkehrswert bei Veräußerung oder Aufgabe. Dadurch werden zum einen die Abschreibungen nachversteuert, zum anderen muss der Unternehmer auch inflationsbedingte Scheingewinne versteuern. Diese entstehen, wenn der Wert der Immobilie nicht real steigt, sondern nur wegen der Inflation. Wer versteuert schon gerne Scheingewinne?

Bei verheirateten Unternehmern bietet es sich häufig an, dass der Ehegatte die Immobilie erwirbt und an den Betriebsinhaber vermietet. So bleibt die Immobilie im Privatvermögen, spätere Veräußerungs- oder Aufgabegewinne sind nicht zu versteuern.

Hinweis: Aufgrund langjähriger Erfahrungen rät der Verfasser allen jungen Unternehmerinnen und Unternehmern zur Gütertrennung oder zur modifizierten Zugewinnngemeinschaft.

Firmenwagen

Wird ein Pkw zu mehr als 10 % zu freiberuflichen Zwecken genutzt, so kann der Unternehmer seinen Pkw dem Betriebsvermögen zuordnen. Nutzt er ihn zu mehr als 50 % beruflich, so muss er ihn dem Betriebsvermögen zuordnen.

Im ersten Schritt muss der Unternehmer den Umfang der beruflichen Nutzung feststellen. Dies kann er entweder durch ein Fahrtenbuch tun, oder durch eine sachgerechte Schätzung, die auf verlässlichen Grundlagen beruht (sog. Schätzmethode). Dabei geht es zunächst einmal um die Frage, ob die Grenzen von 10 % und 50 % überschritten werden. Im zweiten Schritt muss der Unternehmer die gesamten Kfz-Kosten ermitteln und verbuchen.

Im dritten Schritt sind der private und der berufliche Anteil der Kfz-Kosten zu trennen. Sind z.B. nur 30 % als Betriebsausgaben absetzbar, so werden die übrigen 70 % als Privatentnahme gebucht. Dadurch bleiben per Saldo nur 30 % der Kosten als Betriebsausgaben. Auch bei der Umsatzsteuer werden per Saldo nur 30 % Vorsteuer abgezogen.

Überschreitet die betriebliche Nutzung die 50 %-Marke, so kann der Unternehmer den Privatanteil pauschal nach der sog. 1 %-Regelung ermitteln.

Wenn er ein Fahrtenbuch führt, gilt dasselbe wie bei der zuvor beschriebenen Schätzmethod-

de, nur dass der betriebliche Anteil z.B. 85 % beträgt. Ist ein Fahrzeug Privatvermögen, so können die rein beruflich gefahrenen Kilometer mit einem Satz von 30 Cent pro Kilometer als Betriebsausgaben angesetzt werden.

Personalkosten

Dass ein Arbeitnehmer den Arbeitgeber mehr als das Bruttogehalt kostet, sieht der Existenzgründer beim Blick auf eine Gehaltsabrechnung. Vom Bruttogehalt werden die Steuern und die Sozialversicherungsbeiträge abgezogen. Die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung sind in Summe fast gleich hoch wie die Arbeitnehmeranteile. Zudem zahlt der Arbeitgeber allein die Insolvenzgeldumlage und die Beiträge zur Berufsgenossenschaft als weitere Gehaltsnebenkosten, so dass der Arbeitgeber unter dem Strich im Durchschnitt etwa einen Prozentpunkt vom Bruttogehalt mehr als der Arbeitnehmer trägt.

Nach einer Faustformel kostet den Arbeitgeber ein sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer etwa das 1,21fache des Bruttogehalts, wenn dieses die Beitragsbemessungsgrenze zur Sozialversicherung nicht überschreitet. Hinzu kommen weitere Nebenkosten wie z.B. die Kosten der Gehaltsabrechnung. Bei einem Minijob bis 400.- € entrichtet der Arbeitgeber zusätzlich zum Gehalt 30 % Abgaben an die Bundesknappschaft, der Arbeitnehmer zahlt nichts. Der Minijob kostet somit das 1,3fache des Gehalts an Sozialabgaben.

Bei mitarbeitenden Ehegatten oder anderen nahen Verwandten ist auf jeden Fall der Ab-



schluss eines schriftlichen Arbeitsvertrages zu empfehlen. Die Konditionen sollten denen zwischen fremden Personen entsprechen.

Schlussbemerkung

Der junge Unternehmer möchte und muss sich vornehmlich auf fachliche Aufgaben und die Optimierung der betrieblichen Abläufe konzentrieren. Den Überblick über seine finanziellen Angelegenheiten behält er aber nur, wenn er zu Anfang und in gewissen Zeitabständen seine betrieblichen und privaten Zahlungsein- und -ausgänge plant und überwacht. Dazu liefert ihm sein Steuerberater auf Basis der von ihm erstellten Buchhaltung leicht verständliche und anschauliche Hilfestellungen wie z.B. den DATEV-Controlling-report. Damit erkennt der Unternehmer in wenigen Minuten seine aktuelle Lage und sich abzeichnende Entwicklungen seiner Praxis.

Der Autor ist Mitglied der Deutschen Anwalts- und Steuerberatervereinigung für die mittelständische Wirtschaft e.V.

GRÜNDEN MIT GELD VOM STAAT

Die Arbeitsagentur unterstützt Existenzgründer mit beachtlichen Summen. Wie so oft bei staatlichen Leistungen liegt der Teufel im Detail. So vermeiden Sie Fehler und nutzen die Förderung optimal. Auch Leitende Angestellte und Führungskräfte können ihren Job verlieren. Handwerker und Selbstständige ihre Existenz und sehen sich zum Neuanfang gezwungen. Die Arbeitslosigkeit ist für jeden eine bittere Pille. Doch sie kann auch eine Riesenchance sein.

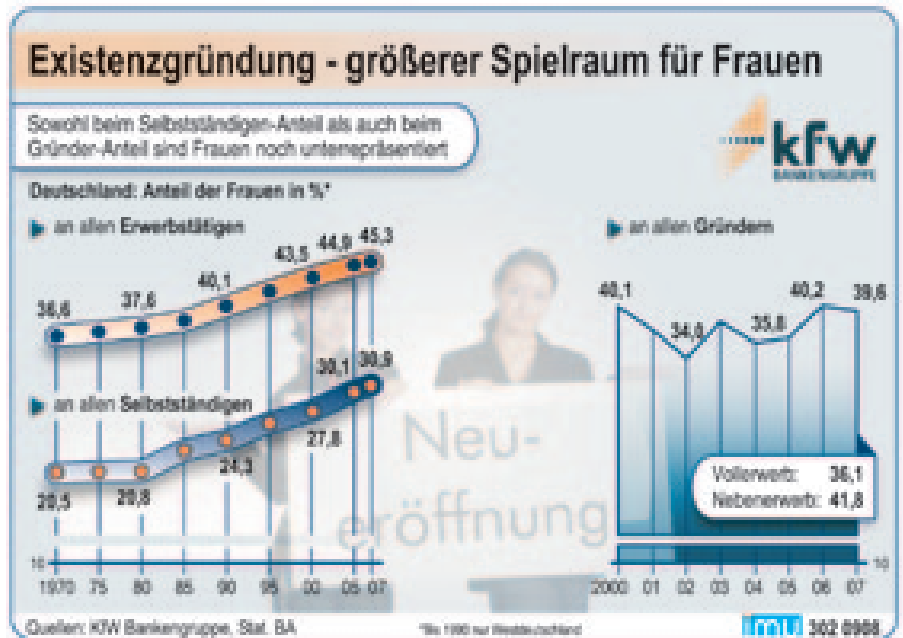
Eines jedoch sollten Sie bedenken: Sie müssen die Selbstständigkeit wirklich wollen und wagen. Reine „Verzweiflungsgründungen“ haben nur wenig Aussicht auf Erfolg. Wer immer mit einem Auge auf die Stellenanzeigen schielt oder die Selbstständigkeit nur als Sprungbrett für die Festanstellung betrachtet, sollte sich den Gründungs-Stress besser ersparen. Der Aufbau eines Unternehmens kostet viel Zeit, Geld und Nerven - wertvolle Energie, die Sie in diesem Fall besser in Ihre Weiterqualifikation und die Optimierung Ihrer Bewerbungen stecken sollten.

Das zahlt die Arbeitsagentur

Gründer bekommen neun Monate lang das zuletzt bezogene Arbeitslosengeld plus 300 Euro für die soziale Absicherung. Anschließend sind weitere sechs Monate lang 300 Euro für die soziale Absicherung möglich, wenn der Gründer ausreichende unternehmerische Aktivitäten nachweist. Diese Anschluss-Zahlungen sind Kann-Leistungen, es besteht also kein Rechtsanspruch. Überschlägig erhalten Kinderlose etwa 60 Prozent des letzten Nettogehalts, leben Kinder im Haushalt sogar 67 Prozent. Ein Single, der vorher beispielsweise rund 2.000 Euro netto hatte, erhält also ein Arbeitslosengeld von etwa 1.200 Euro und damit einen Gründungszuschuss von circa 1.500 Euro (1.200 Euro plus 300 Euro für die soziale Absicherung). Die Existenzgründung würde in diesem Fall insgesamt mit bis zu 15.300 Euro gefördert - ein stattliches Sümmchen, das man sich nicht entgehen lassen sollte.

Fazit: Kaum ein Land bietet seinen Arbeitslosen eine so großzügige Förderung der Existenzgründung wie Deutschland. Wer die Feinheiten beachtet, kann mit dem Gründungszuschuss seinen Lebensunterhalt in den ersten, oft besonders schwierigen Monaten der Gründung sichern. Arbeitslosigkeit als Chance - das ist für Existenzgründer also keine hohle Phrase, sondern gelebte Realität.

Silke Becker



INFORMATIONEN RUND UM DAS THEMA EXISTENZGRÜNDUNG

www.arbeitsagentur.de

Die Website der Arbeitsagentur informiert online und in verschiedenen informativen Gratis-Broschüren zu den Themen Gründungszuschuss und Arbeitslosigkeit.

www.dihk.de (Industrie- und Handelskammern)

www.zdh.de (Handwerkskammern)

Internetauftritt der Industrie- und Handelskammern bzw. des Zentralverbands des Deutschen Handwerks. Erste Anlaufstelle für Gründungswillige. Allgemeine Infos für Gründer und Unternehmer, Recherche der zuständigen Kammer.

www.gruenderinnenagentur.de

Portal speziell für Gründerinnen, von verschiedenen Bundesministerien unterstützt. Nützliche Infos, Tipps, Kontaktadressen.

www.existenzgruender.de

Sehr hilfreiches Gründungsportal des Bundeswirtschaftsministeriums, verschiedene Tools, Softwarepaket, Broschüren und umfangreiche Informationen.

Gründungsportale der Bundesländer:

Baden-Württemberg: www.newcome.de

Bayern: www.startup-in-bayern.de

Berlin: www.gruenden-in-berlin.de

Brandenburg: www.gruendungsnetz.brandenburg.de

Bremen: www.begin24.de

Hamburg: www.hei-hamburg.de

Hessen: www.existenzgruendung-hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern: www.gruender-mv.de

Niedersachsen: www.gruenderfreundliches.niedersachsen.de

NRW: www.go.nrw.de

Rheinland-Pfalz: www.starterzentrum-rlp.de

Saarland: www.sog.saarland.de

Sachsen: www.existenzgruendung-sachsen.de

Sachsen-Anhalt: www.ego-on.de

Schleswig-Holstein: www.wirtschaft.schleswig-holstein.de

Thüringen: www.gnt-ev.de



Existenzgründungen müssen auch von der Marketingseite her sorgfältig geprüft und geplant werden

Der Wurm muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler

DAS MARKETING-ABC FÜR EXISTENZGRÜNDER

Existenzgründungen können zu traumhaften Ergebnissen führen oder mit einem Schuldenberg enden. Jeder kennt das Risiko, aber die meisten Existenzgründer glauben, dass ihre Idee so gut ist, dass der Erfolg ihnen sicher ist. Weil die Fehler, die von vielen Existenzgründern begangen werden, oft im Bereich des Marketings liegen, widmen wir diesem Bereich einen eigenen Beitrag.

Die Ausgangssituation

Der Ausgangspunkt ist immer identisch. Sie oder er hat eine Idee und glaubt, diese mit einer eigenen Firma erfolgreich umsetzen zu können. Ist diese Situation einmal eingetreten, läuft das weitere Prozedere fast immer in identischen Mustern ab.

Die Idee hat sich fest gesetzt. Jetzt wird das Für und Wider überlegt. Diese Überlegungen enden meistens damit, dass die Bedingungen und Verhältnisse durch die rosarote Brille gesehen werden. Die Fakten werden positiv interpretiert, ohne sie akribisch in allen Details zu hinterfragen und zu prüfen. Aufgrund mangelnder Sorgfalt enden lt. Statistik rund 60 Prozent aller

Existenzgründungen über kurz oder lang in einer Insolvenz.

Da viele Existenzgründer ihre Idee erst offen legen, wenn sie mehr oder weniger schon für sich eine Entscheidung getroffen haben, sind sie für kritische Beiträge nicht mehr sehr empfänglich. Besser ist es, wenn die Idee sofort mit möglichst vielen kompetenten Personen diskutiert wird. So kann sich das eigene (Vor-)Urteil nicht verfestigen.

Bedarfsermittlung

Viele Existenzgründer vergessen, dass der Wurm dem Fisch und nicht dem Angler schmecken soll. Sie unterstellen, dass ihre Idee, ihr Angebot, begeistert aufgenommen wird. Wer aber seine (zukünftigen) Kunden nicht vorher einbezieht, hat kaum eine Chance, erfolgreich zu bestehen. Neben der konkreten Bedarfsermittlung müssen Fragen nach möglichen Ergänzungen wie Service, Garantie, Beratung, Schnelligkeit, Einsatzbereitschaft, etc. gestellt werden, denn die Anwender haben immer konkrete Vorstellungen, was ein optimales Angebot alles enthalten muss.

Die wichtigsten Fragen zum Marketing

Wer eine eigene Firma gründen will, muss sein Marketing sorgfältig im Voraus planen und sich mit den möglichen Szenarien auseinandersetzen. Wer glaubt, das habe er nicht nötig, bekommt für seine (Geschäfts-)Idee kein Geld oder kann sich gegenüber den Wettbewerbern nicht durchsetzen. Deshalb müssen vor der endgültigen Entscheidung folgende Fragen geklärt werden:

1. Ist das Angebot so attraktiv, dass Kunden wechseln werden?

Bevor überlegt und gerechnet wird, muss sicher gestellt sein, dass das eigene Angebot vom Markt gewünscht oder mindestens gebraucht wird. Dieses Wissen gewinnt man aber nur durch Befragung. Wer nicht fragt, ist wie ein Blinder, der seinen Weg sucht. Wer fragt, erfährt schnell und direkt, ob das neue Angebot attraktiv ist und ob es Nachfrage auslösen wird.

2. Kann der Vorteil, der Interessenten und Kunden überzeugen soll, in einem (kurzen) Satz formuliert werden?

Neun von 10 Existenzgründern sind nicht in der Lage, den Vorteil, mit dem sie erfolgreich Kunden gewinnen wollen, in einem (kurzen) Satz zu formulieren. Wer das nicht kann, wird immer Schwierigkeiten haben, seine (Werbe-)Botschaft verständlich und überzeugend zu formulieren.

3. Sind der Markt und die zukünftigen Wettbewerber genau bekannt?

Diese Kenntnis ist die Voraussetzung dafür, dass die Unterschiede zum eigenen Angebot klar und überzeugend entwickelt und dargestellt werden können. Wer seine Wettbewerber nicht bis in das Detail kennt, kann seine eigene Wettbewerbsfähigkeit nicht konkret einschätzen.

4- Was muss getan werden, wenn das eigene Angebot vom Wettbewerb kopiert oder sogar verbessert wird?

Die Reaktion der Wettbewerber wird selten eingeplant und trifft daher viele Jungunternehmer/innen völlig überraschend. Wer die Gegenwehr des Wettbewerbs nicht in seine Planungen einbezieht, wird überrascht und muss mühsam neue



Lösungen bzw. Angebote entwickeln. Deshalb ist es ein Muss, die möglichen Reaktionen zu durchdenken, damit sofort mit geeigneten Gegenmaßnahmen reagiert werden kann.

5. Wird das Marktpotential richtig eingeschätzt?

Viele Existenzgründer unterstellen, dass der Markt bzw. das Marktpotenzial für ihr neues Angebot ausreichend groß ist. Es wird mit Hypothesen und Annahmen gearbeitet, die nicht der Realität entsprechen. Wenn festgestellt wird, dass X Euro Umsatz benötigt werden, um das Existenzminimum zu sichern, ist das nicht ausreichend.

6. Sind die finanziellen Mittel für die Werbung ausreichend?

Neue Unternehmen die in den Markt eintreten, sind nicht bekannt. Und wer nicht bekannt ist, kann auch nicht als Anbieter berücksichtigt werden. Das bedeutet, dass in der Anfangsphase überdurchschnittlich viel Geld für Werbung und PR eingesetzt werden muss. Daher muss vorher exakt errechnet werden, was die zukünftigen Werbemaßnahmen kosten.

7. Sind ausreichend kreative Ideen vorhanden?

Weil die finanziellen Mittel knapp sind, man aber bekannt werden will, ist Kreativität gefragt. Jeder Existenzgründer, der etwas Neues zu bieten hat, muss überlegen, wie er sein neues Angebot so darstellt, dass die Presse über ihn berichtet, damit er „kostenlose Werbung“ erhält. Das bedeutet,

PRAXISTIPPS

- 1 Im Gegensatz zu Freiberuflern oder einigen Handwerksberufen, benötigen die meisten Existenzgründer im Normalfall viel Geld für den Aufbau und die Einrichtung ihres Unternehmens. Da dieses Geld oft nicht vorhanden ist, sollte überlegt werden, ob es sinnvoll ist, in einen nicht ausgelasteten Betrieb als Mitbenutzer/„Untermieter“ einzusteigen. Das ist zwar ungewöhnlich, wird aber schon praktiziert. Einige Handwerkskammern haben für eine derartige Zusammenarbeit bereits vorgefertigte Verträge.
- 2 Das Hauptproblem ist immer wieder die unzureichende finanzielle Ausstattung der Firmengründer. Die Banken sind daher im Normalfall sehr zurückhaltend, weil die Planzahlen meistens auf Wunschdenken basieren und nicht abgesichert sind. Die Verhandlungen mit der Bank gestalten sich wesentlich leichter, wenn ein Partner/Abnehmer gefunden wird, der konkret erklärt: „Meine Firma wird in den kommenden 12 Monaten wahrscheinlich Aufträge in Höhe von ... erteilen.“ Oder: „Wenn Herr ... seine Firma gründet, wollen wir ihm die Aufträge für unsere Innenausbauten erteilen.“ Eine derartige „Vor Akquisition“ hat für den Existenzgründer mehrere Vorteile:
 - a Es zeigt den Unterschied zwischen Absichtserklärungen, die zu nichts verpflichten, und dem realen Verkauf, (der mehr oder weniger) bindend ist.
 - b In den konkreten Verkaufsverhandlungen erkennt der Existenzgründer mögliche Defizite in seinem Angebot, weil dann sein gesamtes Leistungsspektrum auf dem Prüfstand steht.
 - c Außerdem kann er in den Verhandlungen erkennen, was für die zukünftigen Kunden besonders wichtig ist und sein Angebot entsprechend ergänzen.

dass bei allen Planungen die drei AAA (Anders Als Andere) beachtet werden müssen.

8. Korrespondieren Angebot und Standort?

Je „normaler“ das Angebot ist, desto zentraler muss der Standort sein. Kein Kunde opfert für einen geringen Vorteil zusätzliche Zeit für eine längere Anfahrt. Um diese Frage zu klären, muss auch gefragt werden: „Wie weit würden sie fahren, um dieses Angebot zu nutzen?“ Diese Frage ist deshalb wichtig, weil Unternehmensgründer sich selten oder nie in den Zentren ansiedeln und die Kunden deshalb längere Wege zurücklegen müssen.

Hans-Jürgen Borchardt

IM TEST

Toyota Avensis Combi

ELEGANTES DESIGN, SPARSAME MOTOREN, REICHHALTIGE AUSSTATTUNG



Vor allem der Combi bietet Mittelständlern zu einem akzeptablen Preis eine Menge „Auto“

Nein, neu ist er nicht, der Avensis – seit Jahren gehört er neben dem Corolla und dem Yaris in Deutschland zu den beliebtesten Toyota Baureihen. Aber der jüngsten Generation haben die Designer und Konstrukteure ein neues, athletisches und auch elegantes Outfit verpasst. Ferner glänzt der Avensis mit kräftigen und besonders sauberen Motoren, mit nochmals gesteigerter Verarbeitungsqualität und einer umfassenden Ausstattung, die man normalerweise nur in Fahrzeugen der Luxusklasse findet.

Wir führen den Combi in der 2,2-Liter-Diesels-CAT-Version mit einem 6-Gang-Schaltgetriebe und der Ausstattungsvariante „Avensis Executive“, die in ihrer Vollständigkeit und Zweckmäßigkeit kaum einen Wunsch offen lässt, zumal bei diesem Preis: 32.350,- Euro. Da stimmen Preis und Leistung. Doch der Reihe nach.

Erster Toyota-Diesel mit Automatik

Was auffällt, ist die fließende Linienführung, die den Combi kaum von der Limousine unterscheidet, wäre da nicht die zusätzliche Heckklappe, die einen außerordentlich variablen und mit vielen nützlichen Details versehenen Gepäckraum freigibt. So lassen sich die Rücksitze mit nur einem Griff zu einer durchgehenden Ladefläche umklappen. Ein neues Design verpasste Toyota auch der Armaturentafel: Fließende Linien, leichte Ablesbarkeit bei allen Lichtverhältnissen, hochwertige Anmutung.

Bei den Motoren und Kraftübertragungssystemen hat Toyota nochmals zugelegt – noch weniger CO₂-Ausstoß, geringerer Kraftstoffver-

brauch. Die Benzinmotoren reichen von 1,6 bis 2,0 Liter, die Diesel, die übrigens alle die Euro-5-Norm erfüllen, bieten zwischen 2,0 und 2,2 Liter Hubraum mit 177 PS in der stärksten Variante. Als erster Toyota Pkw mit Dieselmotor gibt es den neuen Avensis mit einer gleichfalls neu entwickelten Sechsstufen-Automatik.

Höchste Sicherheits-Standards

Beim Thema Sicherheit bietet der Avensis, je nach Ausstattungsstufe, höchsten Standard. Jedes Fahrzeug ist mit sieben Airbags ausgestattet, zu denen auch ein Fahrer-Knieairbag gehört. Ein Pre-Crash-Safety-System kann eine sich abzeichnende Kollision im Vorfeld erkennen und entsprechende Maßnahmen einleiten. Vernetzt mit diesem radargestützten System ist eine Geschwindigkeitsregel-Anlage, die einen konstanten Sicherheitsabstand zum vorausfahrenden Fahrzeug hält. Der damit gekoppelte Spurwechselwarner mit Spurhalteassistent überwacht die

Einhaltung der Fahrspur, warnt den Fahrer beim Verlassen und steuert einen korrigierenden Lenkimpuls ein.

Und das findet man eigentlich nur in der Oberklasse: Ein Audiosystem mit elf Lautsprechern und sechsfach CD-Wechsler, multifunktionales Navi mit Bordcomputer, Berührungssensor zum Öffnen der Fahrertür und zum Verriegeln aller Türen, ein Startknopf, der den elektronischen Zündschlüssel in der Hosentasche erkennt und eine Reihe weiterer Extras und Ausstattungsmerkmale von Ledersitzen über akustische Einparkhilfen bis hin zu Kurvenlicht, Glasdach und Sonnenrollos.

Fazit: Ein Auto, das dem Mittelständler, vor allem in der Kombi-Version, eine Menge zu einem akzeptablen Preis bietet. Hier stimmt die Mischung aus Motor, Getriebe, Verbrauchs- und Abgaswerten, Sicherheit, Komfort und Nutzwert.

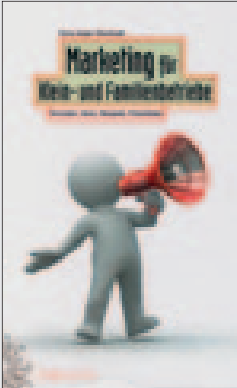
Günter Kohl



Das Cockpit des Toyota Avensis ist übersichtlich, die Instrumente sind gut ablesbar bei allen Sicht- und Lichtverhältnissen

Marketing für Klein- und Familienbetriebe

Hans-Jürgen Borchardt
Geb., 237 S., 24,90 Euro
Publicis, ISBN 9783895783494



„Marketing für Klein- und Familienbetriebe“ ist Pflichtlektüre für alle, die ihren Betrieb wettbewerbsfähig und kundenorientiert in die Zukunft führen wollen. Die Inhaber und Geschäftsführer der 3,3 Millionen deutschen Klein-

betriebe (Freiberufler, Dienstleister, Handwerker, Händler, Gastronomen usw.) und die jährlich 150.000 Existenzgründer finden die Anleitung dafür in diesem Buch. Wer sich daran orientiert, wird Zeit und Geld für Beratung und erfolglose Maßnahmen sparen und die Kunden nicht nur zufrieden stellen, sondern so bedienen, so begeistern, dass sie zu Botschaftern und Empfehlern werden.

Die Handlungsanleitungen im Buch sind so aufgebaut, dass jeder – auch ohne Vorwissen im Marketing – systematisch sein Unternehmenskonzept ausarbeiten und realisieren kann. Unterstützt durch die Beispiele und Checklisten ermöglichen sie zudem, ein eigenes, individuelles Marketingkonzept mit Werbemaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebes erhöht, basierend auf der Balance zwischen „Was ist das Beste für mein Geschäft“ und „Was ist das Beste für meine Kunden“.

Chinas Megatrends

J. und D. Naisbitt
Geb., 320 S., 21,90 Euro
Hanser, ISBN 978-3-446-41959-9

China gehört zu den dynamischsten Regionen der Erde. Mit seiner rasanten wirtschaftlichen Entwicklung und der Etablierung eines völlig neuen Gesellschaftsmodells gewinnt es spürbar an Einfluss im sensiblen Gefüge der Großmächte. Anstelle der vom Westen erwarteten schrittweisen Anpassung entwickelt China sein eigenes Modell und stellt dabei die westliche Demokratie als einzig akzeptable Regierungsform in Frage. John Naisbitt war Berater mehrerer US-Präsidenten, hält 15 Ehrendoktorate, zwei

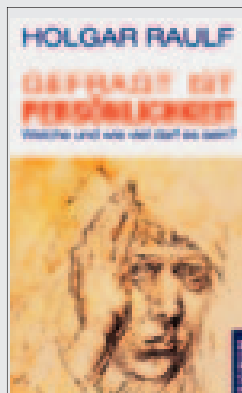
BÜCHER



chinesische Professuren und ist ein weltweit gefragter Redner.

Gefragt ist Persönlichkeit

Holgar Raulf
Geb., 235 S.
Signum Verlag, ISBN 978-3-85436-416-0



Der Autor Prof. Dr. Holgar Raulf ist Personal- und Hochschulberater und arbeitete drei Jahrzehnte in leitender Funktion in einem Hamburger Medienkonzern. Nebenbei ist er auch seit Jahren Mitglieder der MIT. In seiner Tätigkeit

konzentriert er sich seit Jahren auf den Faktor Persönlichkeit in Berufskarrieren und Führungsprozessen und beschreibt Elemente des Persönlichkeitsbildes, die in der modernen Arbeitswelt von zentraler Bedeutung sind.

Chefsache Kompetenz-Entwicklung

180 S., 24,90 Euro
Gabal Verlag, ISBN 978-3-86936-006-5

Führungskräfteentwicklung und –förderung sollte Chefsache sein. Doch anstelle einer sporadischen Weiterbildung muss die systematische Entwicklung der Führungskraft treten. Anhand eines Modells erläutern die Autoren des Buches nicht nur die sinnvolle Vorgehensweise, sondern jede einzelne der zehn Führungskom-

petenzen, ergänzt um viele praktische Tipps und Anregungen.

Tue Gutes und sag es Deinem Chef

I. Hammelmann
144 S., 8,90 Euro
Humboldt, ISBN 978-3-86910-751-6

Um im Berufsleben erfolgreich zu sein, muss man auch die eigene Leistung herausstellen. Nicht als Eigenlob, denn das gilt als eitel und führt dazu, dass kein anderer mehr den Betroffenen mag. Selbstlob hingegen, natürlich nur sparsam eingesetzt, ist gestattet, wenn es sich um eine berechnete Einschätzung eigener Fähigkeiten handelt. Dieser Ratgeber verrät, wie man den Spagat zwischen peinlichem Eigenlob und notwendiger Eigen-PR hinbekommt.

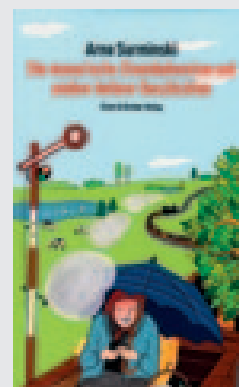
Verhandeln für Unschuldslämmer

Bob Etherington
Broschur, 150 S., 14,90 Euro
Wiley Verlag, ISBN 978-3-527-50489-3

Der Autor zeigt in seinem neuesten Buch in gewohnt unterhaltsamer Manier, dass Verhandeln nichts anderes ist als ein Spiel, bei dem es gilt, bestimmten Regeln zu folgen und immer einen Plan B in der Tasche zu haben. Gewinnen kann nur, wer sein menschliches Gegenüber wahrnimmt und dessen Beweggründe und Interessen hinterfragt.

Masurische Eisenbahnreise

Arno Surminski
Hardcover, 248 S., 14,95 Euro
Ellert & Richter Verlag,
ISBN 978-3-8319-0392-4



Am Lachen erkenne man den Narren, sagten die Alten. Aber Lachen ist auch Medizin und Balsam für die Seele. Arno Surminski schildert voller Wärme und mir humorigem Unterton die Bewohner dieser Welt: Es sind Menschen wie du und ich, mit kleinen und größeren Marotten und doch so herrlich normal, dass wir sie gern begleiten möchten. Geschichten für den Alltag, für den Feierabend, für trübe Tage und Nächte und für sonnige. Für jede Zeit eben.



Urteil zum Kreditkarten-Missbrauch

Nach einem Urteil des OLG Celle ist das Kreditkarten-Unternehmen bei missbräuchlicher Nutzung der Karte durch unbefugte Dritte beweispflichtig

Bestreitet ein Kreditkarteninhaber, dass von ihm bestimmte Umsätze getätigt worden sind, muss das Kreditkartenunternehmen darlegen und beweisen, dass die abgerechneten Umsätze von dem berechtigten Kreditkarteninhaber veranlasst worden sind.

Darauf verweist der Hamburger Rechtsanwalt Matthias W. Kroll, Leiter des Fachausschusses „Finanzdienstleistungs- und Versicherungsrecht“ der DASV Deutschen Anwalt- und Steuerberatervereinigung für die mittelständische Wirtschaft, unter Hinweis auf ein Urteil des Oberlandesgerichts Celle vom 10.06.2009, Az.: 3 U 2/09.

In dem Fall wurden mit dieser Kreditkarte im Zeitraum zwischen Dezember 2006 und Februar 2007 eine Reihe von Umsätzen getätigt, die alle die Anmietung von Fahrzeugen bei der Autovermietung H. betrafen. Das Kreditkartenunternehmen hatte behauptet, die Kreditkartenumsätze seien entweder von dem Mitgeschäftsführer der Beklagten, B., oder einem ihrer Angestellten veranlasst worden. Zum Beleg hat sie auf die Mietwagenunterlagen der Firma H. Bezug genommen. Die Beklagte ist dem entgegengetreten und hat eine ordnungsgemäße

Verwendung der Kreditkarte bestritten. Vielmehr beruhten die Umsätze aus der Zeit zwischen Januar und März 2007 auf einem Missbrauch der Kreditkarte. Dies habe sie - so hat sie behauptet - nach Zugang der Monatsabrechnung vom 26. Januar 2007 auch der Sachbearbeiterin des Kreditkartenunternehmens telefonisch mitgeteilt. Diese habe aber entgegen ihrer Aufforderung die Kreditkarte nicht gesperrt.

Das Landgericht hatte der Klage mit Ausnahme der Inkassokosten stattgegeben und zur Begründung ausgeführt, der Sachvortrag der Beklagten liefere keine ausreichenden Hinweise dafür, dass die Kreditkarte missbräuchlich verwendet worden sei.

Kreditinstitut ist beweispflichtig

Das, so Kroll, sah das Oberlandesgericht Celle jedoch anders. Die Voraussetzungen des Aufwendungsersatzanspruchs habe das Kreditkartenunternehmen zu beweisen. Gemäß § 676h BGB kann ein Kreditinstitut Aufwendungen für die Verwendung von Zahlungskarten oder von deren Daten nur verlangen, wenn diese nicht von einem Dritten missbräuchlich verwendet wurden. Dabei hat das Kreditinstitut zu beweisen, dass der Kunde Aufwendungen getätigt hat

und die Übernahme dieser Aufwendungen erforderlich war. Das kartenausgebende Institut muss dabei auch darstellen, dass der Karteninhaber die Geschäfte vorgenommen hat.

Bestreitet er das, liegt die Beweislast beim Kreditinstitut. Der Anspruch hängt davon ab, dass die Karte nicht von einem Dritten rechtmissbräuchlich - also ohne wirksame Weisung des Kunden (§ 665 BGB) - verwendet worden ist. Eine Beweislastumkehr zu Lasten des Kunden komme danach - entgegen der Auffassung des Landgerichts - gerade nicht in Betracht. In Anbetracht dessen, dass die Missbrauchsgefahr bei der Verwendung einer Kreditkarte - gerade mit Blick auf das sog. „körperlose“ Verfahren (etwa bei Buchungen nur über die Kartenummer) - besonders hoch sei und es Aufgabe des Kreditkartenunternehmens ist, für die Implementierung eines ausreichenden Kontrollsystems zu sorgen (BGH, Urteil vom 13. Januar 2004 - XI ZR 479/02, BGHZ 157, 256 ff.), erscheine es auch sachgerecht, das Missbrauchsrisiko dem Kreditkartenunternehmen aufzubürden.

Karte von Unbefugten benutzt

Im vorliegenden Fall sei dieser Beweis gerade nicht geführt. Die der Rechnung vom 26. Februar 2007 zugrunde liegenden Abrechnungen des Mietwagenunternehmens seien - mit einer Ausnahme - nicht unterzeichnet, was nur bedeuten könne, dass der Vertragsschluss und der Ausgleich der Rechnung nicht durch eine bei dem Mietwagenunternehmen vorstellig gewordene Person unter Vorlage der Kreditkarte erfolgt sein kann. Näher liege vielmehr, dass das Geschäft über das Internet unter Verwendung der Kreditkartennummer abgewickelt worden ist. Es sei daher genauso gut möglich, dass die Kreditkarte bzw. deren Daten ohne Wissen und Billigung der Beklagten von einem unbefugten Dritten benutzt worden sind.

Im Übrigen lasse sich hier auch nicht feststellen, dass die Beklagte ihre Pflicht, die Kreditkarte sorgfältig zu verwahren, verletzt habe oder einen vermuteten Missbrauch nicht rechtzeitig angezeigt und dadurch weitere missbräuchliche Umsätze wegen der unterbliebenen Sperrung der Karten ermöglicht habe.

RECHT IM GESPRÄCH



Wolf-Dietrich Bartsch,
Rechtsanwalt
und Notar,

stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragraphen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten oder zu aktuellen Themen Wissenswertes mitteilen.

Aber Achtung: *Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

Unser Leser Josef L. steht vor dem Verkauf seiner Firma an den Betriebsnachfolger. Es war schon schwierig genug, eine geeignete Person zu finden, jetzt hat er auch noch murrende Stimmen aus der Belegschaft vernommen. Er fragt, was er im Verhältnis zu seinen Arbeitnehmern zu beachten hat und welche Probleme auf ihn zukommen können.

Die Regelungen zum Betriebsübergang finden sich in § 613a BGB. Dort wird sehr genau beschrieben, wie der Betriebsinhaber vorzugehen hat. Folgenden Rechte und Pflichten sind in § 613a BGB unter anderem erwähnt, die unbedingt zu beachten sind:

(Abs. 1) Geht ein Betrieb oder Betriebsteil durch Rechtsgeschäft auf einen anderen Inhaber über, so tritt dieser in die Rechte und Pflichten aus den im Zeitpunkt des Übergangs bestehenden Arbeitsverhältnissen ein.

(Abs. 4) Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses eines Arbeitnehmers durch den bisherigen Arbeitgeber oder durch den neuen Inhaber wegen des Übergangs eines Betriebs oder eines Betriebsteils ist unwirksam. ...

(Abs. 5) Der bisherige Arbeitgeber oder der neue Inhaber hat die von einem Übergang betroffenen Arbeitnehmer vor dem Übergang in Textform zu unterrichten über:

1. *den Zeitpunkt oder den geplanten Zeitpunkt des Übergangs,*
2. *den Grund für den Übergang,*
3. *die rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Übergangs für die Arbeitnehmer und*
4. *die hinsichtlich der Arbeitnehmer in Aussicht genommenen Maßnahmen.*

Wie bei fast allen Normen hat auch hier die Rechtsprechung durch Gesetzesauslegung in zahllosen Urteilen Erweiterungen vorgenommen, die sich aus dem Wortlaut nicht direkt ablesen lassen. Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts müssen beispielsweise die Arbeitnehmer im Rahmen der notwendigen Unterrichtung so über die Identität des Erwerbers informiert werden, dass sie über ihren neuen Arbeitgeber Erkundigungen einholen können.

Praxistipp: Bei den äußerst schwierigen Fragen des Unternehmensübergangs sollte neben dem Steuerberater auch stets ein Fachanwalt für Arbeitsrecht in die Beratungen einbezogen werden, um anschließend teure und zeitintensive Gerichtsverfahren vor dem Arbeitsgericht zu vermeiden.

In der Frage unserer Leserin Caroline C. geht es um das Mietrecht. Sie ist Vermieterin einiger Wohnungen. Dabei kommt es immer wieder vor, dass die

Miete direkt vom Sozialhilfeträger überwiesen wird. Doch der zahlt leider nicht pünktlich. Sie möchte wissen, ob dieses Zahlungsverhalten einen Kündigungsgrund darstellen kann?

In den meisten Mietverträgen wird abweichend von der gesetzlichen Regelung die Zahlung der Miete im Voraus vereinbart. Es kann z.B. vereinbart werden, dass der Mieter die Miete pünktlich bis zum dritten Werktag eines jeden Monats an den Vermieter zu zahlen hat. Geschieht dies nicht, so kann der Vermieter nach erfolgter Abmahnung grundsätzlich das Mietverhältnis kündigen.

Der Bundesgerichtshof sieht dies allerdings anders, wenn die unpünktlichen Zahlungen nicht auf ein Verschulden des Mieters beruhen. Bezieht der Mieter laufende Leistungen zum Lebensunterhalt muss genau hingeschaut werden, wie die Zahlungen laufen. Überweist der Sozialhilfeträger die Miete direkt an den Vermieter und das auch noch regelmäßig 5-10 Tage zu spät, so hat der Mieter hierauf keinen Einfluss. Er kann nur die Abmahnungen dem Sozialhilfeträger vorlegen und hoffen, dass dieser sein Zahlungsverhalten ändert.

Der Mieter muss sich auch nicht das Verhalten des Sozialhilfeträgers zu rechnen lassen. Dieser ist nicht sein Erfüllungsgehilfe. Der Mieter kann schließlich seinen Lebensunterhalt nur mit Hilfe dieses Trägers bewältigen. Eine Kündigung wegen der verspäteten Zahlungen ist daher nach Auffassung des BGH unbegründet.

Nichts anderes soll übrigens gelten, wenn der Mieter die monatliche Miete an den Vermieter nicht pünktlich zahlt, weil der Sozialhilfeträger seine Leistungen an den Mieter zu spät erbringt.

Schreiben Sie uns: rechtsfragen@mitmagazin.com

Garten ist nicht Wohnfläche*BGH; Urteil vom 28.10.2009;
VIII ZR 164/08*

Die Angaben im Mietvertrag müssen schon stimmen. Wird ein Einfamilienhaus mit Garten vermietet und im Mietvertrag die Wohnfläche mit ca. 145 qm angegeben, so ist der Vermieter an diese Zahl gebunden. Stellt sich später heraus, dass die tatsächliche Wohnfläche nur 119 qm ausmacht, so muss er mit einer Rückzahlung zu viel gezahlter Miete wegen dieser falschen Angabe rechnen. Das Argument, der allgemeine Grenzwert von 10% Abweichung zwischen angegebener und tatsächlicher Wohnfläche müsse wegen des mitvermieteten Gartens angehoben werden, lässt der Bundesgerichtshof nicht zu. Die Vorinstanz vertrat noch die Auffassung, dass wegen des Gartens eine Abweichung zwischen angegebener und tatsächlicher Wohnfläche von mehr als 15% notwendig sei.

**Gemeinsam geplant –
gemeinsam gehaftet***OLG Celle; Urteil vom 19.08.2009;
7 U 257/08*

Sind verschiedene Planer mit der Erstellung eines Bauwerks beauftragt, kann es schon zu Schwierigkeiten in der Abstimmung kommen. Stellt sich ein Schaden ein, dann will es am Ende keiner gewesen sein. Das Oberlandesgericht Celle musste entscheiden, ob der Statiker oder der Architekt für einen Schaden an dem errichteten Bauwerk aufzukommen haftet. Der Statiker war mit der Tragwerksplanung und der Architekt mit der Ausführungsplanung beauftragt. Beide schieben jedoch die Schuld für den Mangel dem jeweils anderen zu.

Das OLG kam zu einer gesamtschuldnerischen Haftung der beiden Planer. Beide hätten ihre vertraglichen Pflichten verletzt und durch ihr Zusammenwirken den Schaden erst möglich gemacht. Der Architekt hätte die von ihm geplante Konstruktion auch auf die Tragfähigkeit überprüfen müssen. Genauso durfte der Statiker die Ausführungsplanung des Architekten nicht ohne weitere Prüfung freigeben.

AKTUELLE URTEILE**Zusammengestellt
von Wolf-Dietrich
Bartsch, Rechtsanwalt
und Notar**rechtsfragen@mitmagazin.com**Das hat sich gewaschen***LG Paderborn; Urteil vom 17.09.2009; 5 S 3/09*

Waschanlagen sind technisch hochkomplexe Anlagen. Viele Autofahrer beschleicht daher ein ungutes Gefühl, wenn sich das Tor hinter ihrem Fahrzeug schließt. Sieht man sein Auto heil wieder? So ist es auch nicht verwunderlich, dass immer wieder Gerichte über die Verantwortung für Schäden zu entscheiden haben, die beim Herausfahren aus der Anlage sichtbar werden.

Meistens dreht es sich um die Frage, ob eine Fehlfunktion der Anlage oder eine Besonderheit des Fahrzeugs zu dem Schaden geführt hat. Das Landgericht Paderborn hat sich eindeutig zu der damit zusammenhängenden Beweislastfrage geäußert. Grundsätzlich muss der Geschädigte das Vorliegen einer Pflichtverletzung auf Seiten des Waschanlagenbetreibers beweisen. Dieser Beweis ist meistens sehr schwer zu führen. Ausreichend ist es aber auch, wenn der Geschädigte darlegt und beweist, dass der Schaden nur aus dem Verantwortungsbereich des Betreibers stammen kann. Dies ist dem Autofahrer in dem konkreten Fall nicht gelungen, da sein Fahrzeug tiefer gelegt war. Es entsprach damit nicht den Vorschriften der StVZO.

Solange der Vorrat reicht !*BGH; Urteil vom 18.06.2009; I ZR 224/06*

In Anzeigen findet man immer öfter den Hinweis, dass der Käufer eines bestimmten Produkts oder einer bestimmten Anzahl von Produkten ein Geschenk als Zugabe

erhält. Regelmäßig findet sich bei dieser Werbung auch der Zusatz „solange der Vorrat reicht“. Der Bundesgerichtshof hatte nun die Frage zu entscheiden, ob dieser Hinweis ausreichend ist oder ob er in der Werbung weiterer Erläuterungen bedarf.

Der BGH hat den Hinweis ausreichen lassen. Der Käufer muss davon ausgehen, dass beim Kauf des Produkts nicht sicher mit der versprochenen Vergünstigung bzw. dem versprochenen Geschenk gerechnet werden kann. Er kann anhand des Wortlautes erkennen, dass die Zugabe nur in geringerer Menge als das Hauptprodukt vorhanden ist. Auch im Interesse der Transparenz sind weitere Hinweise, in welchem Umfang die Geschenke vorhanden sind, nicht notwendig. Der Kaufinteressent weiß, dass ein schneller Kaufentschluss die Chance erhöht, in den Genuss der Vergünstigung zu kommen.

Allerdings weist der BGH darauf hin, dass gleichwohl eine irreführende Werbung vorliegen kann, wenn die Anzahl der Werbegeschenke in keinem angemessenen Verhältnis zu den angebotenen Hauptprodukten steht. Dabei kommt es auf die erwartete Nachfrage an.

Schutzgebühr schadet nicht*BGH; Urteil vom 30.09.2009;
VIII ZR 267/08*

Jedes Mieterhöhungsverlangen bedarf einer ordnungsgemäßen Begründung. Dabei darf der Vermieter auf den örtlichen Mietspiegel Bezug nehmen. Aber Achtung: Der Vermieter sollte formell korrekt vorgehen, damit er in einer späteren gerichtlichen Auseinandersetzung nicht Schiffbruch erleidet. Der Mietspiegel muss nicht dem Erhöhungsverlangen beigelegt werden, wenn er allgemein zugänglich ist. Dabei ist es nicht unbedingt erforderlich, dass er kostenlos zum Beispiel durch die Gemeindeverwaltung abgegeben wird. Eine geringe Schutzgebühr, die eine private Vereinigung von jedem verlangt, der den Mietspiegel haben möchte, schadet nicht. Der BGH bezeichnet dies als „zumutbar“.

Dobrindt zu Gast bei Mittelstands-Union



CSU-Generalsekretär **Dobrindt** zu Gast bei der Mittelstands-Union

Der Generalsekretär der CSU, Alexander Dobrindt, MdB, war Gast bei der letzten Landesvorstandssitzung der MU. Lange und intensiv diskutierten die Vorstandsmitglieder mit ihm. Einigkeit bestand darin, dass es nun an der Zeit sei, das politische Potential der christlich-liberalen Koalition, unabhängig von Wahlterminen, zu nutzen. „Wir brauchen eine Politik aus einem Guss. Die christlich-liberale Koalition hat die Kraft, die drängenden Probleme unseres Landes zu lösen“, sagte der MUVorsitzende Michelbach. Für die Vorstandsmitglieder war

klar, dass Ämter und Mandate auch weiterhin nach Persönlichkeit und Kompetenz vergeben werden müssen. Einer Quote erteilten sie eine Absage. Lob gab es für die von Generalsekretär Dobrindt im Zuge des Leitbildprozesses angestoßene Parteistrukturreform. Dabei setzt die MU auf die Wiedergewinnung des vopolitischen Raums. „Unsere Stärke resultiert aus unserer Nähe zu den Bürgern. Durch einen verstärkten Dialog werden wir auch in Zukunft die Volkspartei in Bayern bleiben“, sagte Michelbach.

Politischer Dämmerrochen

Die MIT Main-Taunus-Kreis hatte unter dem Motto „Ist für den Mittelstand die Krise vorbei oder hat sie gerade erst begonnen?“ zum Politischen Dämmerrochen eingeladen. Die Gäste hatten Gelegenheit, mit dem Staatssekretär des hessischen Finanzministeriums, Dr. Thomas Schäfer, zu diskutieren. Es bestand Einigkeit, dass das Risiko für den Mittelstand geringer ist als noch vor einem

Jahr. Es könne auch nicht von einer klassischen Kreditklemme gesprochen werden. Das Land Hessen unterstützt den Mittelstand durch Landesbürgschaften sowie ein mittelstandsorientiertes Konjunkturpaket mit Schwerpunkt Bauwirtschaft. Durch die Anhebung der Ausschreibungsgrenzen und damit die erweiterte Möglichkeit der freihändigen Vergabe, wird darüber hinaus das heimische Handwerk gefördert.

MU Starnberg für Kauf regionaler Produkte

Bei einem Vortragsabend der MU Starnberg referierte Christian Wagner, Einkäufer bei der Molkerei Scheitz in Andechs, vor zahlreichen Zuhörern zum Thema „Milchwirtschaft im Starnberger Land“.

Die Molkerei Scheitz bietet seit 2009 unter dem Motto „Natürliches natürlich belassen!“ ausschließlich Bio-Produkte in ihrem Sortiment an, die die strengen Voraussetzungen der Zertifizierung nach Demeter und Naturland erfüllen. Die Molkerei verarbeitet ca. 200.000 Liter Milch pro Tag und arbeitet eng mit den Erzeugern zusammen. Die Land-

wirte haben sich dabei freiwillig zur gentechnikfreien Fütterung verpflichtet. Die Unternehmensleitung ist von Ihrem Konzept so überzeugt, dass sie ihre Adresse in „Biomilchstraße 1“ umbenannt hat. Um dem Verbraucher dieses Konzept auch näher zu bringen, hat das Unternehmen eine Plattform im Internet geschaffen, auf der der Weg des Produktes vom Erzeuger bis zum heimischen Ladenregal verfolgt werden kann. „Der Verbraucher muss von hochwertiger Ware überzeugt werden und diese aktiv nachfragen“, sagte der Kreisvorsitzende Dr. Johannes Richter.

Entwicklung der Offshore-Windenergie

Erneuerbare Energie ist die Energie des 21. Jahrhunderts. So lautet die Aussage von Ex-Senator und Präsident der Deutschen Stiftung zur Förderung der Offshore-Windenergie, Jens Eckhoff, bei einer Diskussionsveranstaltung der MIT Bremerhaven/Cuxhaven und der CDU Bremerhaven. Im Einführungsreferat zeigte der Geschäftsführer der Multi-brid GmbH, Félix Debierre die

rasante Entwicklung der Windenergiebranche auf und wies auf die Perspektiven hin, die in dieser Technologie liegen. Vor ca. 150 Teilnehmern, die der MIT-Vorsitzende Thomas Ventzke begrüßte, diskutierten auf dem Podium Staatssekretär Enak Ferlemann, Norbert Giese (REpower Systems AG), Dr. Hans-Joachim Stietzel (Wirtschaftsförderung Cuxhaven), Jens Eckhoff und Nils Schnorrenberger, (BIS), welche Maßnahmen nötig sind, um das Potential der Offshore-Windenergie auszuschöpfen.



Deutsche und europäische Unabhängigkeit im Energiebereich – ein gemeinsames Ziel der Diskussionsgäste bei der MIT Bremerhaven

INTERVIEW

Energie und Wettbewerb – eine unendliche Geschichte

Interview mit dem Präsidenten des Bundeskartellamtes, Andreas Mundt, zur Wettbewerbssituation auf dem Strommarkt und zu den Aufgaben

Kaum waren Sie im Amt, da haben Sie den vier großen Stromkonzernen eine klare Kampfansage erteilt. Ist Energie jetzt Chefsache im Kartellamt?

Andreas Mundt: Das Thema Energie ist für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung von ganz zentraler Bedeutung. Daher wird diesem Thema im Bundeskartellamt wie bereits in der Vergangenheit weiter eine hohe Priorität eingeräumt.

Wie beurteilen Sie die Wettbewerbssituation auf dem Energiemarkt?

Mundt: Energie und Wettbewerb – das ist wohl eine never-ending story. Wie Sie wissen, war dies schon in der Vergangenheit sicherlich keine love-story. Leider kann man auch heute noch nicht davon sprechen, dass Energie und Wettbewerb ein harmonisches Ehepaar bilden würden. Nach wie vor haben wir auf den deutschen Strom- und Gasmärkten trotz aller Marktöffnungsbemühungen und auch -erfolge der Behörden immer noch Marktstrukturen, die den Wettbewerb nicht unbedingt fördern. Aber: Mittlerweile lässt sich auf einigen Märkten immerhin Bewegung feststellen.

Was bewegt sich?

Mundt: Ein wichtiger Schritt war unsere strikte Untersagungslinie bei Zusammenschlussvorhaben wie dem von E.ON und den Stadtwerken Eschwege. Hier haben wir auf dem Markt für den Erstabsatz von Strom in Deutschland zumindest zwischen den beiden Marktführern E.ON und RWE ein marktbeherrschendes Oligopol festgestellt. Diese marktbeherrschende Stellung von E.ON und RWE wäre noch verstärkt worden, wenn sich E.ON noch mehr an Stadtwerken beteiligt und sich weitere

Absatzgebiete gesichert hätte. Unsere Verfahren waren sicherlich mit ausschlaggebend dafür, dass die Versorger zwischenzeitlich ihre Strategie gewechselt haben.

Aber es besteht doch weiterhin Handlungsbedarf, die Oligopolsituation auf dem Strommarkt gibt es nach wie vor?

Mundt: Es gibt eine Reihe von Umständen, die für ein Oligopol sprechen. RWE und E.ON dominieren allein bei der Stromerzeugung mit einem gemeinsamen Anteil von knapp 60 Prozent die nachgelagerte Handelsebene. Nimmt man die vier Großkonzerne zusammen, liegt der Anteil sogar bei knapp 90 Prozent. Die vier vertikal integrierten Versorgungsunternehmen waren außerdem zumindest vor dem Thüga-Verkauf bundesweit an über 50 Prozent der Stadtwerke und Regionalversorger beteiligt. Hier hat sich an der grundsätzlichen Struktur nicht viel geändert. Auch ein Wettbewerb zwischen E.ON und RWE



Der Jurist **Andreas Mundt** (49) ist seit Dezember 2009 Präsident des Bundeskartellamtes, führt 320 Mitarbeiter und überwacht als oberster Wettbewerbshüter die größte Volkswirtschaft Europas. Mundt ist Rheinländer und leitete zuvor seit 2005 die Grundsatzabteilung der Bonner Behörde.

konnte nicht festgestellt werden. Hinzu kommt, dass die Stromerzeugung in Deutschland nicht beliebig ausgeweitet werden kann. Betrachtet man das gesellschaftspolitische Klima, ist es schwierig, in Deutschland neue Kraftwerke zu errichten. Alles in allem bestehen also hohe Marktzutrittschranken. Von einem blühenden Wettbewerb zu sprechen, wäre daher sehr vermessen.

Was unternimmt das Bundeskartellamt?

Mundt: Bei Zusammenschlussvorhaben wird weiterhin zu prüfen sein, inwieweit hierdurch ein Oligopol im Strommarkt verstärkt wird. Zurzeit analysieren wir zudem den Stromgroßhandel und die Erzeugerstufe in einer sogenannten Sektoruntersuchung. Hierbei geht es allgemein um die Marktstruktur, aber, bezogen auf die Jahre 2007 und 2008, zum Beispiel auch darum, ob Stromerzeuger Kapazitäten zurückgehalten und dadurch die Strompreise in die Höhe getrieben haben. Diese Untersuchung ist aber noch nicht abgeschlossen.

Mit welchen Instrumenten gehen Sie vor?

Mundt: Angesichts der verkrusteten Strukturen ist die Fusionskontrolle gerade im Bereich der Energiewirtschaft das „schärfste Schwert“ und nicht etwa die Preismissbrauchsaufsicht. Wir haben dabei eine feste Linie: Je höher die Marktkonzentration ist, desto eher reicht auch schon eine geringe Marktbeschränkungen aus, um mit dem Instrument der Fusionskontrolle einzugreifen und eine Untersagung zu prüfen. Wir setzen unsere Hoffnung zudem auf die Schaffung einer Marktüberwachungsstelle, wie sie als wettbewerbspolitisches Instrument im Koalitionsvertrag erwähnt wird. Die Marktüberwachungsstelle kann Vertrauen in das Funktionieren der Strommärkte fördern. Ihre Aufgabe sollte es sein, auf der Grundlage von Echtzeit-Daten eine Analyse des Marktgeschehens vorzunehmen und Ungereimtheiten bei der Steuerung von Kraftwerken bzw. im Großhandel zeitnah aufzudecken.

MIT-Eventtage beim Eishockey



Gesamtpaket für MIT-Mitglieder und potenzielle Neumitglieder bei der MIT Lichtenberg: Sport, Spaß und Einblicke in eine erfolgreiche Unternehmensführung

Gute Rahmenbedingungen statt Schulterklopfen

Auf dem Jahresempfang der MIT Thüringen konnte der MIT-Landesvorsitzende Wilfried Sieringhaus zahlreiche Gäste aus Politik und Mittelstand begrüßen. Darunter waren auch die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, Finanzministerin Marion Walsmann, der Thüringer Europaabgeordneten Dr. Dieter Lebrecht Koch, die Bundestagsabgeordneten Manfred Grund, Antje Tillmann und Christian Hirte sowie der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring, MdL. In seiner Begrüßungsrede beton-

te Sieringhaus, dass die Zeit des Schulterklopfens und der Durchhalteappelle endgültig vorbei sein muss. „Wenn uns als Leistungsträger dieser Gesellschaft die Luft ausgeht, wird es die Schwachen unserer Solidargemeinschaft mit noch größerer Wucht treffen“, sagte Sieringhaus. Er forderte die Schaffung eines mittelstandsfreundlichen, ordnungspolitischen Rahmens für Finanzmarktgeschäfte und Finanzmarktprodukte auf nationaler und internationaler Ebene.



Wilfried Sieringhaus (Foto links) und Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (3.v.l.) beglückwünschen die im Rahmen des Jahresempfangs neu eingetretenen Mitglieder der MIT

Die Berliner MIT Lichtenberg bietet ihren Mitgliedern und den Mittelständlern der Region seit 2009 eine Veranstaltungsreihe der ganz besonderen Art. Mit den „Event-Tagen“ werden Geselliges, Sport und erfolgreiche Unternehmensführung miteinander verbunden. Die Gäste werden zu einer zweitägigen Veranstaltung beim viermaligen Deutschen Eishockey-Meister, den EHC Eisbären Berlin, eingeladen. Sie findet in der Berliner O2-World unter dem Motto „Team Leading - Wie führt und hält man ein Team on Top.“ statt. Die Veranstaltung richtet sich insbesondere an Unternehmer und Leitende Angestellte in Personalverantwortung.

Am ersten Tag konnten die Unternehmer in diesem Jahr in einer Exklusiv-Lounge bei Freigetränken den überzeugenden Sieg der Berliner Eisbären gegen die Pinguine aus Krefeld feiern. Am Ende des Spiels trafen die Unternehmer mit Co-Trainer Jeff Tomlinson und dem Torwarttrainer der Eisbären zusammen. Der zweite Tag begann mit einer umfangreichen Führung

durch die O₂ World, in der die Eisbären vor regelmäßig ausverkaufter Kulisse den Meistertitel verteidigen. Hierbei hatten die Unternehmer die Möglichkeit, ihre Schusstechnik auf ein Tor zu prüfen. Zudem durften die Unternehmer die Spielerbänke testen und erhielten Zugang zu den sonst unzugänglichen „heiligen Hallen“, den Kabinen, Umkleieräumen und dem Entspannungsbereich der Eisbären. Im Anschluss daran lauschten die Gäste der MIT Lichtenberg dem Vortrag von Jeff Tomlinson zum Thema „Team Leading“.

Diese Erfahrungen lassen sich leicht auch auf die Personal- und Unternehmensführung in klassischen mittelständischen Unternehmen übertragen. Denn klar wurde: Erfolg ist immer ein Teamerfolg. Stimmt das Team nicht, wird auch der Erfolg ausbleiben. Ein Team zu formen bedarf dabei nach Jeff Tomlinson immer auch unangenehmer Entscheidungen. Wer sich scheue, Entscheidungen zu treffen, sei kein guter „Teamleader“. Wer nicht ins Team passe, gehöre nicht hinein und müsse es verlassen. Wichtig dabei sei auch, dass dies nicht gleichbedeutend damit sei, dass diese Person nicht in einem anderen Team durchaus wichtig sein und dort Erfolg haben könne.

Jeder Gast erhielt am Ende von Jeff Tomlinson als Präsent die neue Eisbären-DVD. Auto-gramme gab es auf Wunsch dazu. Im Anschluss gab es das obligatorische Gemeinschaftsfoto mit dem Trainer. Alles in allem ein erfolgreiches Veranstaltungskonzept, welches vom MIT-Kreisvorsitzenden André Reschke und dem stellvertretenden MIT-Kreisvorsitzenden Stefan Mattes entwickelt wurde. Der Spaß und der inhaltliche Anspruch kommen nicht zu kurz und man konnte bereits das eine oder andere MIT-Neumitglied gewinnen.

Unternehmensstrategie einer Privatbank

Rekordverdächtige 108 Mitglieder der inzwischen 180 Mitglieder starken MIT Wolfenbüttel waren der Einladung des Bankhauses C. L. Seeliger gefolgt. Unter dem Motto „Das Plus einer Privatbank – Unternehmensstrategie und Besichtigung“ hatten die beiden Gesellschafter, Camill Freiherr von Dungen und Carl-Friedrich Heidebroeck die Wolfenbütteler Mittelständler eingeladen. Nach der Begrüßung des Vorsitzenden Holger

Bormann erläuterten die beiden geschäftsführenden Gesellschafter von Dungen und Heidebroeck die Geschichte und die Arbeit des Bankhauses Seeliger, das 1794 durch die Hugenottenfamilie Seeliger gegründet wurde. Besonders interessierten sich die Mitglieder der MIT Wolfenbüttel für den im vergangenen Jahr begonnenen Umbau des Bankhauses. Rund 3,4 Millionen Euro investierte die Bank in den Umbau.

Mittelständler zu Besuch im Bundestag

30 Mittelständler aus Lüneburg machten sich auf Einladung der MIT nach Berlin auf, um ihren Bundestagsabgeordneten Eckhard Pols im Reichstag zu besuchen. Die Begrüßung zwischen der MIT-Delegation mit dem Kreisvorsitzenden Peter Luths und dem Parlamentarier Eckhard Pols war herzlich, gehört dieser doch ebenso dem Vorstand der MIT Lüneburg an. Zwischen Regierungserklärung von Bun-

deskanzlerin Angela Merkel zum Afghanistaneinsatz der Bundeswehr und der konstituierenden Sitzung des Gorleben-Untersuchungsausschusses, für den Pols von der CDU-Fraktion nominiert wurde, fand er Zeit, von seiner Tätigkeit zu berichten. Auch Michael Fuchs als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Chef des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) nahm sich für ein Gespräch Zeit.



MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen (5. v.r.) nahm die MIT-Delegation aus Lüneburg unmittelbar vor der MIT-Bundesgeschäftsstelle in Empfang und führte sie durch Berlin Mitte

Haushaltskonsolidierung durch Wirtschaftswachstum

Deutschland hat sich vom „Land der Erfinder“ zum „Land der Findigen“ gewandelt. Zu diesem Schluss kam der MIT-Kreisvorsitzende in Karlsruhe-Stadt, Gregor Wick, beim diesjährigen Jahresempfang. Die „Findigen“ wüssten heute nur zu genau, wie sie den Staat, die Sozialsysteme und damit den Steuerzahler umfänglich für sich in Anspruch nehmen könnten. Besonders „findig“ sei aber auch der Staat selbst. Zum Jahresempfang konnte die MIT Karlsruhe-Stadt zahlreiche Gäste begrüßen. Unter

ihnen Abgeordnete, Bürgermeister sowie Vertreter der mittelständischen Wirtschaft. Als Festredner sprach der MIT-Bundvorsitzende Dr. Josef Schlarmann zu den Gästen. Dabei machte er deutlich, dass die öffentlichen Haushalte nur durch Wirtschaftswachstum wieder in den Griff zu bekommen seien. Wirtschaftswachstum sei bei einer Steuer-senkung wahrscheinlicher als ohne diese. Das größte Lob für den gelungenen Abend zollten abschließend zwölf Gäste, die spontan in die MIT eintraten.



Das öffentliche Haushaltsdefizit sorgte für Diskussionen (v.l.n.r.): Gregor Wick, Manfred Groh, MdL, Margret Mergen (1. Bürgermeisterin), Dr. Josef Schlarmann und Katrin Schütz, MdL

MIT hilft Kinder-Hospiz-Verein

Der MIT-Vorsitzende im Kreis Unna, Frank Murmann (rechts), übergab einen Scheck in Höhe von 425 Euro an die Vertreterin des „Kinder-Hospiz-Vereins Kreis Unna und Hamm“, Ingrid Deterding (links). Der Spendenbetrag wurde anlässlich einer „Waschaktion“ gesammelt. Mitglieder der MIT und der CDU hatten an einem Sonntagmittag Autos von Bürgerinnen und Bürgern per Hand gewaschen. Bei Kaffee, Kuchen, Bratwürstchen und kalten Getränken konnten die Spendenwilligen die Reinigung ihres Fahrzeugs verfolgen.



NAMEN SIND NACHRICHTEN

MIT Westhessen

In Hessen hat sich der Bezirksverband Westhessen, bestehend aus den Kreisverbänden Wiesbaden, Rheingau-Taunus und Limburg-Weilburg, neu gegründet und umfasst somit über 200 Mitglieder. Torsten Tollebeek wurde zum Bezirksvorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter wurden Paul Dries und Willi Hamm. Renate Diefenbach, Alexander Gläser, Pilar May und Peter Stamm wurden als Beisitzer und Jens Werner Wieltch als Schriftführer gewählt. Neben der Vertretung mittelständischer Interessen will der neue Bezirksverband sicherstellen, dass die Union in Westhessen an einem klaren wirtschaftspolitischen und konservativen Kurs festhält.



Der hessische MIT-Landesvorsitzende Edwin Balzter (z.v.l.) mit dem neuen Bezirksvorstand der MIT Westhessen (v.l.n.r.): Paul Dries, Pilar May, Torsten Tollebeek, Renate Diefenbach, Jens Werner Wieltch und Peter Stamm

MIT Hochsauerlandkreis

Auf der Jahreshauptversammlung der MIT Hochsauerlandkreis wählten die Mitglieder Ulrich Klein erneut zum Vorsitzenden. Zu seinem Stellvertreter wurde Hermann-Josef Hoffe gewählt. Neben dem Tätigkeitsbericht des Kreisvorstandes und den Wahlen, diskutierten die Mitglieder und zahlreiche Gäste mit dem NRW-Verkehrsminister Lutz Lienenkämper, der zum Thema „Lebendiger Standort – lebendige Wirtschaft; Perspektiven für den Mittelstand im Hochsauerlandkreis“ sprach.



Die Mitglieder des Vorstandes zusammen mit NRW-Minister Lutz Lienenkämper

MIT Jena

Einstimmig wurde Matthias Frommann zum Vorsitzenden der MIT Jena gewählt. Zum neuen Vorstand gehören zudem Gerd Habersang und Vico Wiegand als Stellvertreter, Dirk Daniel als Schatzmeister sowie Holger Fischer, Dirk Donath, Frank Seidler, Michael Kramer und Daniel Bohnsack als Beisitzer. Der Kreisverband will sich insbesondere der geplanten Streichung des Jenaer ICE-Haltepunktes widmen. Zudem wird sich der Vorstand mit Positionen zur Wirtschafts-, Standort- und Steuerpolitik, insbesondere zur Gewerbesteuer, einbringen.

MIT Märkisch-Oderland

Horst Tarnawski wurde in seinem Amt als MIT-Kreisvorsitzender in Märkisch-Oderland einstimmig bestätigt. Uwe Bendel und Dr. Michael Jochemczyk wurden als Stellvertreter sowie Wolfgang Marx als Schatzmeister gewählt.

MIT Vogelsberg

Der 57jährige Unternehmer Peter Poplow wurde zum neuen MIT-Kreisvorsitzenden in Vogelsberg gewählt. Seine Stellvertreter sind André Schäfer und Frank Rispoli. Dem weiteren Vorstand gehören als Schatzmeister Kurt Schmidt und als Schriftführer Günther Best an. Beisitzer sind Erhard Wiegand, Andreas Rey, Heinrich Krug und Kurt Wiegel MdL. Der neue Kreisvorstand versteht sich als Sachwalter der Interessen des Mittelstands gegenüber der Politik. Er fordert daher eine Konzentration der Wirtschaftsförderung auf den Mittelstand, effektive Unterstützung bei Existenzgründungen und die Abschaffung von Mittelstands- und leistungsfeindlichen Gesetzen.



Berthold Jost (MIT-Landesgeschäftsführer in Hessen, 4.v.l.vorn) gratuliert dem neuen MIT-Vorstand Vogelsbergkreis

Gehirnjogging

Mein aufgeweckter Neffe Moritz fragte mich neulich, wie es denn angehen könne, dass Deutschland als reiches Land bezeichnet werde. Wir hätten doch weder Ölquellen wie die arabischen Länder noch würden wir davon existieren, dass wir alle Schwarzgelder dieser Welt horten wie unsere Schweizer Freunde. Ich lächelte vergnügt und flötete: „Das hast du fein beobachtet und klug gefragt. Gerne will ich dir deine Frage beantworten. Die wirtschaftliche Kraft und den Wohlstand verdanken wir einzig und allein dem Fleiß und der Kreativität unserer Ingenieure.“

Moritz blickte mich ungläubig an. Deshalb schob ich gleich ein plastisches Beispiel nach: „Das funktioniert so: Wir Deutschen kaufen irgendwo in der Welt billig Eisenerz ein. Das schmelzen wir ein, und daraus fabrizieren wir dann Porsche Cayennes, Windkraftanlagen oder Unterseeboote. Die wiederum verkaufen wir für teures Geld in alle Welt. Wenn du nun von dem Erlös für diese High-Tec-Produkte die Kosten fürs Eisenerz und den Lohn für Arbeiter und Ingenieure subtrahierst, dann bleibt noch eine ganze Menge übrig. Das ist der so genannte Gewinn.“ Zufrieden mit mir selbst blickte ich meinen Neffen an. Doch der hatte schon die nächste Frage ausgebrütet: „Und was machen wir damit?“ „Das hauen wir raus für Opernhäuser, Sozialleistungen und Banken-Rettungsfonds.“

Meines klugen Neffen Augäpfel begannen zu leuchten: „Wenn nun alle Menschen in Deutschland Ingenieure werden würden, käme doch unermesslicher Reichtum über uns, oder?“ „Fürwahr eine betörende Idee“, erwiderte ich. „Es scheidet jedoch daran, dass nicht jeder das Zeug zum Ingenieur hat. Dafür braucht es eine starke linke Gehirnhälfte. Mathematik, Logik, Präzisionsarbeit, Detailverliebtheit und forschersische Versessenheit sind dort angesiedelt und müssen unablässig trai-

niert werden. Aber wir Deutschen ticken ganz anders. Unsere Jugend möchte mehrheitlich Superstar oder Topmodel werden oder will gleich eine steile Hartz-4-Karriere hinlegen. Der Rest versucht es mit Online-Poker oder Koma-Saufen. Die linke Gehirnhälfte wird dafür gar nicht benötigt und trocknet zügig aus.“

Moritz jedoch mochte noch nicht aufgeben: „Und alle die mit einer starken rechten Gehirnhälfte, was können die?“ Ich stöhnte verzweifelt auf: „Das sind die Kreativen. Sie werden Künstler, drapieren Holzhäufen und klobige Betonklötze in Fußgängerzonen und behaupten, damit würden Liebe und Verzweiflung ausgedrückt.“

Moritz wirkte ein wenig verunsichert, fing sich aber schnell wieder: „Sach mal, Onkel Manfred, Sylt wird doch als Insel der Superreichen bezeichnet. Haben wir hier denn so viele Ingenieure?“ Ich lachte schrill auf: „Nein, mein Junge, wir haben Kurdirektoren. Dieser Beruf ist so ziemlich das genaue Gegenteil von dem der Ingenieure. Außerdem haben wir auf Sylt Heerscharen von Jongleuren, Gauklern, Musikanten, Erlebnisgastronomen, Fernsehmoderatoren und Sommeliers.“

„Finde ich nicht schlecht“, meinte Moritz altklug, „dann reicht es fürs Leben

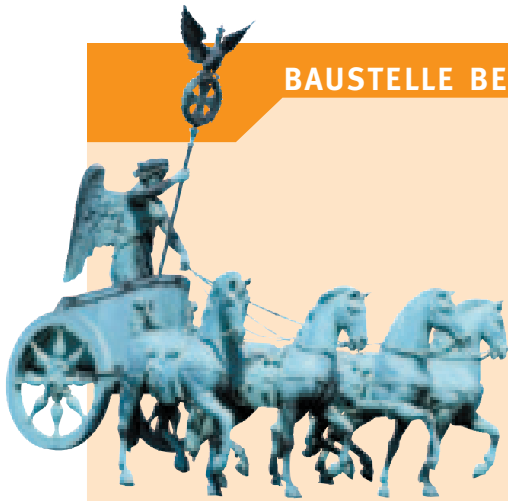
also, wenn man nur über rechts denkt. Richtig?“ „Das ist noch nicht abschließend geklärt“, wand ich mich. „Nehmen wir deinen Fall: Dein Berufspraktikum hast du bei einer Tai-Chi-Lehrerin gemacht, Mathe und Physik hast du früh abgewählt, hast dein Abi mit guten Noten in Sport und Ethikkunde gewuppt, und beim Leistungskurs Kunst hast du Michelangelos David mit Klopapierrollen und Salzteig nachgebaut. Was willst du eigentlich mal werden?“

„Ich glaub', ich versuch's mal mit Haschischanbau auf'm Balkon – auf deinem zum Beispiel, den benutzt du doch praktisch gar nicht, oder - Onkel Manfred?“



Manfred Degen ist vielen bekannt als der Sylter Insel-Kabarettist, tritt aber auch bundesweit auf und ist auf Firmenevents oder Incentive-Veranstaltungen ein gern gesehener und viel gebuchter Unterhaltungskünstler

Info: www.Manfred-Degen.de



BAUSTELLE BERLIN

Liebe MIT-Streiter,

den gedanklichen, politischen und sprachlichen Fehlgriff der neuen niedersächsischen Sozialministerin Aygül Özkan, die Kopftücher islamgläubiger Frauen und das christliche Symbol des Kreuzes auf eine Stufe zu stellen und beides aus staatlichen Schulen in Deutschland zu verbannen, wollen wir an dieser Stelle nicht weiter kommentieren. Aber immerhin war sie zu diesem Zeitpunkt als stellvertretende Vorsitzende der Hamburger CDU tätig. Ist vielleicht der Erosionsprozess einiger Werte in solch großstädtischen Milieus bereits soweit fortgeschritten, dass man Menschen, denen das Kreuz noch etwas bedeutet, offenbar als Randgruppe, als soziokulturelle Minderheit, einstuft?

Wenn das mal gut geht! Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat der CDU eine bittere Niederlage beschert. Stammwähler sind ihr in Scharen davongelaufen oder zuhause geblieben. Warum wohl? Und in Hamburg deutet sich etwas Ähnliches an: In der Demoskopie liegt die SPD mittlerweile vor der CDU und ihr eher dröger Spitzenmann Olaf Scholz hat den doch so beliebten Bürgermeister Ole von Beust in den Umfragerwerten überrundet...

Aber so etwas wird mit der Bemerkung, bei demoskopischen Erhebungen handle es sich um Momentaufnahmen, abgetan. Die CDU als Volkspartei soll auch in einem Fünf-Parteien-System mehrheitsfähig gehalten werden, so lautet die Losung. Es scheint, als werde dabei die Ausrichtung an den Bedürfnissen der in Deutschland lebenden Minderheiten immer wichtiger.

Dazu passt die Ausladung des dänischen Karikaturisten Kurt Westergaard, Zeichner der Mohammed-Karikaturen, durch das ZDF. Er sollte von Markus Lanz interviewt

werden, doch der Sender bekam kalte Füße und fürchtete angeblich um die Sicherheit seiner Mitarbeiter. Der von Mord bedrohte 74-jährige Künstler sprach von „Selbstzensur aus Angst vor Repressalien“. Er sehe schwarz für die Zukunft, wenn die Freiheit so eingeschränkt werde.

Stellt sich nun die CDU genügend gegenüber Veränderung unserer Grundfesten? Der frühere Präsident des Europäischen Parlaments und MIT-Mitglied, Hans-Gert Pöttering, schrieb dazu kürzlich: „Selbstverständlich kann keine Ausprägung islamischen Glaubens geduldet werden, die unserer ‚Hausordnung‘, dem Grundgesetz und seinem unbedingten Schutz der Menschenwürde, widerspricht, und das muss mit aller Konsequenz deutlich gemacht werden. Aber wir können die Tatsache, dass Millionen Menschen islamischen Glaubens bei uns leben, nicht leugnen.“

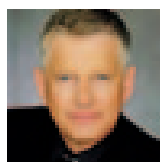
Wir dürfen Feme-Morde, Zwangsverheirathungen, die Verstümmelung von Mädchen und die Unterdrückung der Frau in unserem Land nicht zulassen, aber wenn über diese unglaublichen Verstöße gegen die Menschenwürde in den Medien berichtet wird, trauen sich viele von ihnen nicht einmal, die Nationalität der Täter zu nennen...

Die große Leistung der Union als Volkspartei in den Aufbaujahren der Bundesrepublik bestand darin, die christlich-sozialen, konservativen und liberalen Traditionen der Deutschen aus allen sozialen Schichten (und der beiden christlichen Kirchen) zusammenzufassen. Heute heißt es, die „verbindende Klammer“ der CDU sei die Anerkennung der Würde und Freiheit aller Menschen. Ob das wohl genügt? dpa-Meldung vom 13.5.: „Zentralrat der Muslime verlässt die Islamkonferenz“ – ausgerichtet vom Bundesinnenministerium.

„Toleranz“, so lesen wir bei Nietzsche, „ist ein Beweis des Mißtrauens gegen ein eigenes Ideal.“

baustelle@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR



Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM **MittelstandsMagazin**

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside

Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto

BilderBox

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Verlagsvertretung Getz,
Nielsen II, V, VII
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Nielsen III a, III b, IV
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20
MSM Medienservice Meins,
Nielsen I, VI
Telefon: 040 / 69 79 59 15, Fax 040 / 61 13 61 83

Satz und Layout

Walter Katöfsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich. Der Jahresbezugspreis beträgt 40,- € incl. 7 % Mehrwertsteuer.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.

Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt: GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft
zur Feststellung der
Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)

NEU
ab April 2010

Für alle Sylt-Liebhaber!



Das klassische Insel-Magazin

- ▶ Informativ
- ▶ Kritisch
- ▶ Unabhängig

Mit schönen Geschichten -
hinreißenden Fotos -
packenden Tierreportagen.

Mit einem tiefen Blick in die Töpfe
der Sylter Sterne-Köche.

Mit Berichten über Künstler
und Komiker,
Prominentes und Provinzielles,
Neues und Traditionelles.

Mit einem Extra-Freizeit-Magazin:
... für die Westentasche mit
Hundertern von Tipps ...

Erhältlich überall auf der Insel und in 4.000 Verkaufsstellen in Deutschland.
E-Mail: bestellung@syltmagazin.de · www.syltmagazin.de

Bestellen Sie Ihr
persönliches Sylt Magazin
zur informativen und
stimmungsvollen Vorbereitung
auf Ihren Sylt-Urlaub.

Sylt Magazin
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee

Ich bestelle das Sylt Magazin 2010

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Ich lege 10,- Euro in Briefmarken bei. (Heftpreis + Versandkosten)

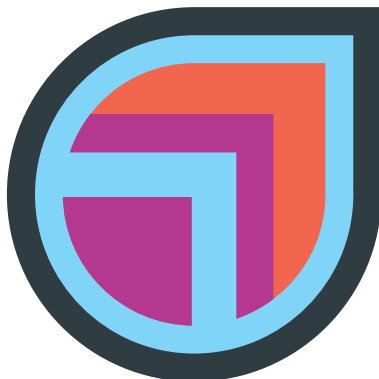
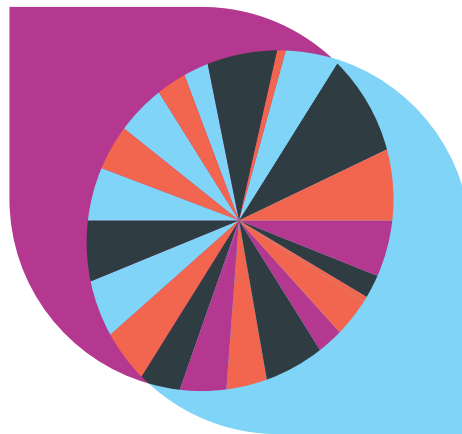
Es geht nicht darum, wie viele Daten man hat – sondern was man daraus macht.

Mittelständische Unternehmen sind von der Informationsexplosion ebenso betroffen wie alle anderen: Aber weil sie innovativ und flexibel sind, sehen sie das nicht als Belastung, sondern als Chance. Denn mit den richtigen Werkzeugen können Sie all die Daten in anwendbares Wissen verwandeln und gezielt einsetzen. IBM Cognos Express ist eine integrierte Lösung für Business Intelligence, die speziell auf mittelständische Unternehmen zugeschnitten ist – auch beim Preis. Mit allen wichtigen Funktionen für Reporting, Analyse, Planung, Kalkulation und Prognosen versetzt sie Ihr Unternehmen in die Lage, schnell zu handeln, die Effizienz zu erhöhen und neue Möglichkeiten zu entdecken. Also: Machen Sie mehr aus Ihren Daten.



1 **Verwandeln Sie Daten in Wissen:** Präzise Reports und übersichtliche Charts aller wichtigen Kennzahlen helfen Ihnen, Zusammenhänge zu erkennen. So können Sie die Wissenskultur in Ihrem Unternehmen fördern und das Daten-Wirrwarr zu aussagekräftigen Informationen verdichten.

2 **Kommen Sie zu neuen Erkenntnissen:** Mit der IBM Cognos Express-Lösung sehen Sie Ihre Informationen in einem neuen Licht. Erkennen Sie Problembereiche, erfassen Sie sofort neue Trends und verstehen Sie komplexe Zusammenhänge.



3 **Handeln Sie:** Verschaffen Sie sich in Echtzeit ein präzises Bild vom künftigen Geschäftserfolg. Stimmen Sie Ihre Ressourcen genau auf Ihre Pläne ab, um schneller auf Veränderungen am Markt zu reagieren, Kosten zu senken sowie Produktion und Verkauf anzukurbeln.

Über 23.000 Kunden in mehr als 135 Ländern profitieren bereits von IBM Cognos Express. Starten Sie mit Ihrer Cognos-Lösung und testen Sie **30 Tage kostenlos**.

Der Mittelstand: Motor für Innovation.

Mehr Infos und den richtigen IBM Geschäftspartner für Ihr Vorhaben finden Sie unter ibm.com/cognosexpress/de – oder rufen Sie jetzt Hallo IBM Express kostenlos an: **0800 20 50 900**

Besuchen Sie unsere aktuelle Veranstaltungsreihe **IBM Breakfast Briefings Kompakt 2010** Informieren. Inspirieren. Diskutieren – jetzt anmelden! Infos und Anmeldung: ibm.com/de/events/breakfast

